

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Schulzeitung. 1860-1933 1904**

10 (5.3.1904)

# Badische Schulzeitung.

Vereinsblatt

des Badischen Lehrervereins, des Witwen- und Waisen-Stifts und des Pestalozzi-Vereins  
mit monatlich erscheinender „*Allerwäldischen Rundschau.*“

Erscheint jeden Samstag. Preis vierteljährlich in Bahl  
1 Mark, bei der Post oder unter Kreuzband 1 Mark 40 Pf.  
Anzeigen 20 Pf. die viergespaltene Zeile.

Verantwortliche Redaktion:  
H. Höckel,  
Heidelberg, Kirchplatz 22.

Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsbuchhandlung der  
Aktiengesellschaft Konfordia in Bahl (Baden) zu senden  
alles übrige an die Zeitung.  
Gratis-Beilagen: jährlich 2 Kataloge.

10.

Samstag, den 5. März

1904.

**Inhalt.** Lesefrüchte. — Zur Lehrerbildungsfrage. — Gutachten des Herrn Prof. Dr. Kinkelin über abgefürzte Beitragszahlung im Pestalozzi-Verein (Fortsetz.). — Vom Problem der Stoffgestaltung. — Stimmen zu den Schulanträgen. — Verschiedenes. — Badischer Lehrerverein. — Konferenz Triberg. — Personalnachrichten. — Briefkasten. — Vereinslage. — Anzeigen.

## Lesefrüchte.

Die Lehrerbildungsfrage ist namentlich seit den vierziger Jahren Gegenstand lebhafter Erörterungen in den Lehrerversammlungen gewesen; auf die geschichtliche Entwicklung haben aber, man darf und muß sagen leider, diese Erörterungen wenig Einfluß ausgeübt. Es ist allerdings, auch das soll nicht geleugnet werden, gar oft in diesen Erörterungen über das Ziel hinausgeschossen worden; man hat gar oft Lustschlösser gebaut und vergessen, den Bau auf dem vorhandenen Fundament auszuführen. Lustschlösser zu bauen, Ideale aufzustellen, ist allerdings meist leichter und besticht auch mehr, als auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse zu reformieren und vom bestehenden Alten zum besseren Neuen fortzuschreiten! Aber was ist die Folge? An den maßgebenden Stellen liest man höchstens solche idealistische Pläne, lächelt über die Idealisten und läßt alles beim Alten! Wer deshalb an der Fortentwicklung der Schulverhältnisse wirklich mitarbeiten will, der darf nicht bloß ideale Pläne aufstellen, der muß sie auch zu den bestehenden Verhältnissen in Beziehung setzen und zeigen, wie man vom Alten zum Neuen gelangen, wie man unter den bestehenden Verhältnissen und unter Berücksichtigung aller Faktoren das bessere Neue ins Leben rufen kann. Scherer.

## Zur Lehrerbildungsfrage.

Wer wollte leugnen, daß in unsern Reihen seit vielen Jahren eine Unzufriedenheit herrscht? Wir sind unzufrieden mit unserm Einkommen, mit unserer Aufsicht, mit unserer Vorbildung. Man hat uns gescholten wegen unserer Unzufriedenheit. Der Begehrlichkeit wurden wir angeklagt, wenn wir mehr Gehalt forderten; der Überhebung wurden wir geziehen, wenn wir eine andere Aufsicht, eine Fachaufsicht verlangten; als Phantasten wurden wir hingestellt, wenn wir eine höhere Bildung wünschten. Selbstverständlich wurde dadurch unsere Unzufriedenheit nicht beseitigt. Wir bedauerten, daß man unserer Unzufriedenheit nicht auf den Grund zu kommen suchte, daß man nicht nach der Berechtigung der vorhandenen Unzufriedenheit forschte und ihr durch geeignete Mittel zu begegnen suchte. Wir bedauerten, daß man den Lehrerstand ruhig dem Schicksal überließ, das die durch der Parteien Haß und Gunst stark beeinflusste öffentliche Meinung ihm bereitete. Statt die Klagen der Lehrer zu überhören und die Anklagen der Bildungsgegner unwidersprochen in die Welt hinaus gehen zu lassen, hätte man nicht durch un-

verdientes Lob, das man den bestehenden Schulzuständen spendete, die öffentliche Meinung beschwichtigen sollen, sondern mit regem Eifer arbeiten müssen, den Lehrerstand so auszurüsten, daß er den durch die geänderten Zeitverhältnisse entstandenen Aufgaben gewachsen gewesen wäre.

Es gereicht dem Lehrerstand zur großen Ehre, daß er bei allem Drängen nach erhöhtem Einkommen niemals aufgehört hat, nach erweiterter und vertiefter Bildung zu rufen. Nicht nur einzelne Lehrer erhoben diesen Ruf, sondern ganze Konferenzen, der Lehrerverein, ja man darf behaupten: der ganze Lehrerstand. Die Lehrer haben also niemals die Bedeutung der Lehrervorbildung unterschätzt. Und Oberschulrat von Sallwürk gab der Stimmung in der Lehrerschaft Ausdruck mit den Worten: „Eine Frage von höchster sozialer Bedeutung betrifft die Berufsbildung der Volksschullehrer. Diese selbst erheben die Forderung nach Erweiterung und Vertiefung ihrer Bildung immer dringender. Es ist nur eine Ausflucht, wenn man dieses Verlangen zurückdrängt, weil die Erfüllung desselben die Volksschullehrer teurer machen würde. Damit würde ja auf eine möglichst schlechte Vorbildung derselben eine Prämie gesetzt. Es handelt sich einfach darum, die Konsequenzen der pädagogischen Entwicklung und der Kultur unserer Zeit zu ziehen. Aber wenn man hier einen Schritt vorwärts tut, so muß auch die ängstliche Geschlossenheit der Seminare fallen, und das erschwert vielen den Entschluß, der unausweichlich ist.“ Darüber ist also niemand mehr im Zweifel, daß die Lehrerbildung den heutigen Verhältnissen angepaßt werden muß. Gerade in Baden hat man schon zu lange gewartet, bis man sich bewogen fühlte, den Forderungen der Lehrer zu entsprechen und Hand anzulegen an eine Änderung der Lehrervorbildung. Doch wollen wir jetzt keinen Vorwurf erheben, wir wollen es vielmehr dankbar begrüßen, daß die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften den ernststen Willen bekunden, im Interesse der Volksbildung eine bessere Vorbildung der Lehrer herbeizuführen. Möchten die Bemühungen solche Früchte zeitigen, daß durch sie eine Garantie geboten wird zur zeitgemäßen Ausgestaltung der Volksschule und zur notwendigen Hebung des Lehrerstandes. In den Lehrerkreisen ist man sich auch in dem Ziel der Vorbildungsfrage einig: Wir fordern eine Erweiterung der allgemeinen Bildung und eine Vertiefung der Berufsbildung. Wir fordern eine Allgemeinbildung, die als Grundlage dienen kann für eine gebiegene Berufsbildung. Die Allgemeinbildung muß der für die gebildeten Kreise vorgeschriebenen Allgemeinbildung entsprechen. So einig wir sind in diesen Forderungen, so verschieden sind die Wege, die zur Erreichung des Zieles

vorgeschlagen werden. Stellt man sich auf den idealen Standpunkt, so muß die Forderung gestellt werden, die Allgemeinbildung durch den Besuch einer höhern Lehranstalt mit neunjährigem Kursus zu erwerben und dann die berufliche Bildung auf einer Hochschule mit pädagogischem Seminar zu holen. Man wird dieses Ideal zu erreichen suchen, sobald man sich davon überzeugt, daß die Stellung des Lehrers nur bei Hochschulbildung fest begründet werden kann, sobald man sich davon überzeugt, daß der Kulturstaat zur Erfüllung seiner Mission in jedem Dorf einer Autorität bedarf, die für alle staatlichen und sozialen Aufgaben das nötige Verständnis und die zu ihrer Lösung notwendige Spannkraft besitzt. Auf dem idealen Standpunkt steht Frohschammer; er sagt: „Es wäre doch sonderbar, wenn der Lehrerstand, der doch unterrichten und bilden und der Träger der modernen Kultur sein und als Vermittler der Resultate der Wissenschaft für das Volksbewußtsein wirken soll, keine oder doch nur eine geringe wissenschaftliche Bildung erhielte, dagegen der Klerus, welcher nicht das Wissen, sondern den Glauben vertritt und dem Volke vermittelt, mit aller wissenschaftlichen Bildung ausgestattet würde! Will man einwenden, daß doch der Volksschullehrer höheres Wissen für seinen Beruf nicht brauche, so ist zu bemerken, daß er zwar sachlich dabei nicht viel Kenntnisse braucht, wohl aber dazu, seinen Beruf als Kunst methodisch zu üben und außerdem dazu, der Jugend und dem Volk selbst gegenüber mit höherer Autorität wirken zu können. Auch der Geistliche, der es meist mit dem ungebildeten Volke zu tun hat, bedarf seiner höheren gelehrten Bildung dabei nicht; dennoch muß er sich diese aneignen, um mit höherer Autorität wirken zu können und zugunsten des Glaubens die Wissenschaft, soweit er ihrer mächtig ist, zu verwenden. Der Kulturstaat muß schließlich übel dabei fahren, wenn er die Vertreter seiner Rechte und seiner Kulturmission tiefer stellt und gewissermaßen geringschätziger behandelt als die Geistlichen, welche die dem modernen Staate oft feindseligen Grundzüge der Hierarchie vertreten und durch ihre Autorität dafür zu gewinnen suchen dem Staate gegenüber. Der Staat wird dabei nur an seiner eigenen schließlichen Niederlage arbeiten.“

Auf einem Standpunkt, der von der großen Mehrzahl der Lehrer geteilt wird, stehen die Beschlüsse der deutschen Lehrerversammlung in Breslau 1898.

1. Die Volksbildung und Lehrerbildung stehen in einem notwendigen inneren Zusammenhang. Das gesteigerte Bildungsbedürfnis der Gegenwart verlangt auch eine Verbesserung der Lehrerbildung.

2. Allgemeinbildung und Fachbildung sind von einander zu trennen. Erstere ist zu einem gewissen Abschluß zu bringen, ehe letztere einsetzt.

3. Die Allgemeinbildung ist breiter und tiefer anzulegen als bisher. Auch darf sie nicht in abgesonderten Anstalten vermittelt werden. Demgemäß ist die unzureichende Präparandenbildung zu beseitigen und dagegen zu fordern, daß die künftigen Lehrer ihre Allgemeinbildung auf einer höhern Lehranstalt erlangen.

4. Das Lehrerseminar muß — unter Voraussetzung einer besseren Vorbildung — noch weit mehr als es bisher der Fall war, den Charakter einer pädagogischen Fachschule annehmen und darf auf keinen Fall Internat sein.

5. Auf den Universitäten sind Lehrstühle der Pädagogik zu errichten. Jeder Lehrer hat aufgrund seines Abgangszeugnisses das Recht, die Universität zu besuchen.

Im Anschluß an die Breslauer Beschlüsse sucht die Lehrerschaft in den verschiedenen Staaten die Lehrerbildung zu regeln. Es liegt auf der Hand, daß selbst der Besuch einer Mittelschule mit neunjährigem Kursus und eines sich

daran anschließenden Fachseminars zurzeit als Ideal betrachtet werden muß. Man darf eben nicht vergessen, daß die Entwicklung keine Sprünge macht, daß man sich auch in der Lehrerbildung nur nach und nach dem Ziele nähert. Die badischen Lehrer fordern in ihrer Petition den Besuch einer sechsklassigen Realschule und das dreijährige Seminar. Es ist unverkennbar, daß bei der Erfüllung unseres Wunsches ein Fortschritt in der Lehrerbildung zu verzeichnen wäre. Wir erhielten unsere Allgemeinbildung in einer Mittelschule also dort, wo der gebildete Bürgerstand seine Bildung suchen muß. Die ungenügende und sehr wenig beliebte Präparandenbildung wäre beseitigt, eine alte Sonderstellung der Lehrer weggeräumt, nicht zu reden von der Erweiterung der Allgemeinbildung nach der fremdsprachlichen Seite hin. Ich betrachte es als feststehende Tatsache, daß die gesamte Lehrerschaft dem Vereinsvorstand sich zu Dank und Anerkennung verpflichtet fühlt für die sachgemäße und energische Art, mit der unsere Wünsche den maßgebenden Kreisen vorgetragen wurden. Auch ohne Zustimmungserklärungen darf der Vereinsvorstand annehmen, daß er im Sinne der Gesamtheit gehandelt und daß sich die Lehrerschaft mit dem Vereinsvorstand eins fühlt.

Nachdem aber die Entscheidung über die Frage der Lehrerbildung gefallen ist und zwar in der Weise, daß man in Baden das Seminar, aber mit sechs Jahreskursen beibehält, nachdem man nicht mehr fürchten muß, daß die Entscheidung in der Vorbildungsfrage in einem der Petition entgegengesetztem Sinne beeinflusst wird, darf ich gestehen, daß ich nur mit schwerem Herzen meine Zustimmung zu dem in unserer Petition vorgetragenen Wunsche gab, aber nicht etwa, weil ich mit dem Vereinsvorstand in der Frage der Lehrerbildung nicht einig wäre, sondern weil mir die Forderungen unserer Petition — zu bescheiden sind. Ich hatte von Anfang an Beforgnisse wegen der zu bescheidenden Allgemeinbildung, welche durch den Besuch von sechs Klassen der Realschule erworben wird. Will man mir entgegenhalten, daß die Allgemeinbildung im Seminar fortgesetzt werde, so muß ich erwidern, daß wir dann wieder ein Durcheinander von Allgemeinbildung und Fachbildung erhalten, ein Durcheinander, das von allen hervorragenden Schulmännern als schädlich bezeichnet wird und deshalb unbedingt vermieden werden muß.

Auch gefiel mir nicht die Ausschaltung eines großen Teiles des platten Landes bei der Begrenzung des Rekrutierungsgebietes für die Seminaraspiranten. Gerade von solchen Gemeinden, die weit von einer Mittelschule entfernt liegen, stammen häufig unsere intelligentesten Kräfte und zwar solche, die treu in der Volksschule aushalten und nicht das Verlangen hegen, sobald wie möglich der Volksschule den Rücken zu kehren. Bei den jetzigen Verhältnissen wäre sogar zu befürchten, daß wir mit Leuten fürlieb nehmen müßten, die deshalb den Lehrerberuf ergreifen, weil sie einsehen müssen, daß sie aus Mangel an Begabung die gewählte Mittelschule nicht ganz durchlaufen können. Ob aber mit solchen Elementen der Volksschule gedient ist, ist mindestens zweifelhaft. Endlich kämen die gutbegabten Jünglinge, die doch mit neun Jahren die Mittelschule besuchen, mit fünfzehn Jahren in das Seminar eintreten und es mit achtzehn Jahren verlassen, zu früh und deshalb unreif in Amt und Würde.

Wie es aber auch mit der Berechtigung dieser Bedenken stehen mag, jedenfalls gehöre ich zu den Kollegen, welche die Fortschritte, die uns die geplante Einrichtung bringen kann, nicht unterschätzen. Ich nehme freilich an, daß das Seminar in zwei Abteilungen zerfällt: die ersten vier Klassen dienen zur Erwerbung der Allgemeinbildung, in den letzten zwei Jahren wird die Berufsbildung vermittelt.

Das Internat ist in dem Fachseminar vollständig abgeschlossen. Zur Aufnahme in das Seminar ist die Bildung zu verlangen, welche man sich in einer guten achtklassigen Volksschule erwirbt. Es ist deshalb nötig, daß der Lehrstoff für die obersten Klassen der Volksschule genau begrenzt wird. Unter Umständen muß durch Privatunterricht das Fehlende ergänzt werden. Auf keinen Fall darf es vorkommen, daß man in den ersten Seminarjahren die Zeit vertrödeln mit der Wiederholung des Lehrstoffes der Volksschule.

Ohne mich heute mit dem Seminarlehrplan näher zu beschäftigen, muß ich doch anfügen, daß zwar der Sprachunterricht in der Muttersprache seinen Mittelpunkt erhalten, daß aber das Französische mit einer genügenden Stundenzahl ausgerüstet werden muß, so daß auch in dieser Disziplin wirklich etwas Tüchtiges geleistet werden kann. Wird auch die Naturkunde und die Mathematik von akademisch gebildeten, tüchtigen Schulmännern gelehrt, wird seitens der Lehrer, wie es ihre Aufgabe ist, für einen tüchtigen Nachwuchs gesorgt, so muß bis zum Übergang in das Fachseminar eine allgemeine Bildung zustande kommen, die der an einer vollständigen Mittelschule erworbenen gleichwertig ist. Wir haben dann in dem Seminar eine Schule, die ihre Zöglinge mit einer volkstümlichen und nationalen Bildung ausstattet, worauf eine gründliche Fachbildung gebaut werden kann. Selbstverständlich muß es Aufgabe der Regierung sein, dieser Schule auch zu allen Berechtigungen zu verhelfen, die den Mittelschulen gewährleistet sind. Bei dieser Einrichtung erhielten die Lehrer eine Bildung, mit der sie sich vorerst zufrieden geben könnten. Auch auf unsere Seminarbildung müßte das Urteil, das Professor Schiele in Marburg in den Preuß. Jahrb. über die neuen Seminarlehrpläne in Preußen abgibt, Anwendung finden: „Die neue Lehrordnung der Seminare führt zielbewußt, sicher und erfolgreich den Plan durch, eine radikale Vorbildung auf dem Fundament des Deutschtums zu begründen. Der ganze Unterricht gravitiert hin zum Unterricht in der Muttersprache, und dieser ist so gründlich und umfassend, daß er eine reife deutsch-nationale Bildung der Zöglinge zu gewährleisten vermag. Daß dies eine bahnbrechende Neuerung im Seminarwesen ist, verschwindet fast vor der Bedeutung, die der Verwirklichung dieses Bildungsziels für die Kulturgeschichte und für die nationale Politik zukommt. Was für Umwälzungen der geistigen Signatur unseres Vaterlandes wird es zur Folge haben, wenn ein paar Tausend so vorgebildete Jünglinge ausziehen, ihre Bildung ins Volk zu tragen?“ L. Böckel.

### Gutachten des Herrn Professor Dr. Kinkelin

über  
abgekürzte Beitragszahlung im Pestalozzi-Verein.  
Fortsetzung.

Wie man sieht, sind die Unterschiede der neuen Beiträge gegenüber den bisherigen in den jüngeren Altersklassen gering und übersteigen den Betrag von M 2 nur bei den Mitgliedern, die seit 1882 im Alter von mehr als 50 Jahren eingetreten sind. Die zur Berechnung des abgekürzten Beitrags und zur Aufstellung der technischen Bilanz erforderlichen Tabellen, ebenfalls dem früheren Gutachten entnommen, folgen im Anhang.

Nicht so einfach stellt sich die Frage nach der Behandlung der gegenwärtigen Vereinsmitglieder in betreff der Jahresbeiträge. Da doch die abgekürzten Beiträge nicht sehr stark von den lebenslänglichen abweichen, so liegt der Gedanke nahe, es wäre möglich, einfach die Beiträge der gegenwärtigen Mitglieder unverändert fortzuführen und dann mit dem Alter 75 abzubrechen, so daß auch die jetzt 75 und mehr Jahre

alten überhaupt jeder weiteren Leistung enthoben wären. Ich habe darum auf Grund dieser Voraussetzung die Anfangsbilanzen der Jahre 1901, 1902 und 1903 berechnet. Das Ergebnis ist folgendes:

	Anfang 1902.	Anfang 1903.
Barwert der Tarifbeiträge	M. 740982.46	M. 735346.26
„ „ Nettoprämien 1000/1014	730751.92	725193.55
„ „ Benefizien zu M 1000	1445290.72	1457363.03
Dedungskapital	M. 714538.80	M. 732169.48
Vermögen des Vereins	835591.65	870189.53
Rechnungsüberschuß	M. 121052.85	M. 138020.05
Stiftungskapital	84594.20	84994.20
Verfügbarer Überschuß a	M. 36458.65	M. 53025.85
Zins des Stiftungskapitals b	M. 3383.77	M. 3399.77
Erwartete Sterbefälle c	70.7	71.2
1. Zuschuß b : c	47.86	47.75
Barwert der Benefizien zu M 1 d	1445.29	1457.36
2. Zuschuß a : d	25.23	36.38
Totalzuschuß	73.09	84.13

Für den Anfang des Jahres 1901 hätte sich der Totalzuschuß auf M 66,56 gestellt.

Die Vergleichung dieser Totalzuschüsse mit denen, die sich bei der lebenslänglichen Beitragspflicht ergeben hatten, zeigt, daß der einfache Abbruch der jetzigen Beiträge den Zuschuß zum Benefizium um M 41.05 vermindern müßte. Eine so weitgehende Verkürzung der Witwen zugunsten der lebenden Mitglieder ist aber nach meinem Dafürhalten durchaus unzulässig und würde sich in keiner Weise rechtfertigen lassen.

Eine Herabsetzung des Zuschusses wurde gänzlich vermieden, wenn man die Mitglieder anhalten würde, ihre Zahlungen von nun an nach dem Tarif der abgekürzten Beiträge zu leisten und zugleich das seit ihrem Eintritt zu wenig Bezahlte nachzuholen. Ein solches Vorgehen würde jedoch kaum beliebt, indem die Nachzahlung für die Mitglieder, die dem Vereine schon seit längeren Jahren angehören, zu beschwerlich wäre. Dagegen gelingt es, die Zuschüsse, wenn auch nicht auf der theoretischen Höhe, wie sie die Bilanz auf Seite 100 ergab, so doch auf der bisherigen faktischen Höhe zu erhalten. Dies kann dadurch bewirkt werden, daß die gegenwärtigen Mitglieder von jetzt ab anstatt der bisherigen Beiträge diejenigen Beiträge leisten, die sie bei ihrem Eintritt nach dem neuen Tarif hätten entrichten müssen, ohne weitere Nachzahlung. Wer z. B. bisher M 21.70 bezahlte, würde von jetzt an M 22.10 bezahlen. Auf die, welche vor dem 12. Januar 1882 schon Mitglieder waren, würde der oben angegebene reduzierte Übergangstarif angewandt, so daß, wer bisher M 30.— gezahlt hat, nunmehr M 32.— zu zahlen hätte. Die über 75 Jahre alten Mitglieder wären von weiteren Beiträgen befreit.

Eine genaue Bilanz auf dieser Grundlage kann ich ohne Kenntnis der Beiträge der einzelnen Mitglieder nicht erstellen, sondern muß mich wieder mit einer Annäherung begnügen. Ich schätze den Barwert der Mehreinnahme aus den erhöhten Beiträgen auf M 25 000 und erhalte so folgende Bilanz auf den Anfang des Jahres 1903.

Barwert der Tarifbeiträge	M. 760346.26
„ „ Nettoprämien 1000/1014	749848.38
„ „ Benefizien zu M 1000	1457363.03
Dedungskapital	M. 707514.65
Vermögen des Vereins	870189.53
Rechnungsüberschuß	M. 162674.88
Stiftungskapital	84994.20
Verfügbarer Überschuß a	M. 77680.68
Zins des Stiftungskapitals b	M. 3399.77
Erwartete Sterbefälle c	71.2
1. Zuschuß b : c	47.75
Barwert der Benefizien zu M 1 d	1457.36
2. Zuschuß a : d	53.50
Totalzuschuß	101.05

Dieser Zuschuß ist zwar immer noch um M 24 13 kleiner als der auf Seite 100 unter der Voraussetzung der

lebenslänglichen Beiträge berechnete von M 125.18, jedoch nur wenig verschieden von dem nach den Vorschriften der Statuten bestimmten im Betrag von M 105.76. Mit dem Beitrag der Konfordia von M 57.24 ergibt sich immerhin ein Gesamtzuschuß von M 158.29. Da sich, wie nachgewiesen die Finanzlage beständig bessert, so wird die nächstjährige Bilanz ein noch günstigeres Ergebnis liefern und den Gesamtzuschuß voraussichtlich auf mindestens M 160 steigern.

Immerhin ist der Zuschuß kleiner, als er nach der bisherigen Beitragsleistung ausfiel, so daß durch die Statutenänderung den Hinterlassenen eine Summe, die sich auf M 35161.83 beläuft, zu gunsten der lebenden Mitglieder entzogen würde. Ich trage meinerseits kein Bedenken gegen die Zulässigkeit eines solchen Vorgehens. Die angesammelten Rechnungsüberschüsse sind doch zum großen Teile der guten und sorgfältigen Führung der Geschäfte des Vereins durch seine Behörden zu verdanken, so daß es nicht unbillig erscheinen kann, wenn die Mitglieder selbst eines Teils des erzielten Gewinnes teilhaft werden. Da den jährlichen Rechnungsabschlüssen zufolge die Bilanz am 1. Januar 1882 ein Defizit von M 31363.47 aufwies, am 1. Januar 1903 dagegen einen Überschuß von M 208818.92, so beträgt der ganze angesammelte Gewinn M 240192.39, ohne die sehr bedeutende Summe, die auf die Zuschüsse zu den Benefizien der Verstorbenen verwendet und bereits ausbezahlt wurde. Der für die Änderung der Beitragsleistung erforderliche Betrag stellt somit nur einen kleinen Teil des bisherigen Geschäftsgewinnes dar. Seine Verwendung zu diesem Zwecke läßt sich um so mehr rechtfertigen, als der Benefiziumszuschuß dadurch nicht vermindert wird.

Die Abfürzung der Beitragspflicht auf das 75. Altersjahr läßt sich demnach ohne Herabsetzung des Zuschusses zum Benefizium durchführen unter der Bedingung, daß die bisherigen Beiträge der Mitglieder fortan in die entsprechenden Beiträge des neuen Tarifs umgesetzt werden. Da diese Umkehrung niemand beschwerlich fallen kann, so dürfte dieser Vorschlag allgemeine Zustimmung finden.

Mit den vorstehenden Erörterungen kann ich die mir übertragene Aufgabe als abgeschlossen betrachten. Da nun aber die Gelegenheit da ist, die Vereinsfinanzen neu zu ordnen, so erlaube ich mir, noch eine weitere Anregung zu machen.

Der Verein hat ein großes Interesse daran, daß die Zuschüsse zu den Benefizien sich nicht vermindern. Hiefür wird bereits dadurch eine Vorsorge getroffen, daß der verfügbare Überschuß als Deckungskapital für den 2. Zuschuß behandelt wird. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß durch irgend welche unvorhergesehene ungünstige Umstände Verluste eintreten, die eine Herabsetzung der Zuschüsse zur Folge hätten. Um einer solchen Eventualität zu begegnen, sollte eine Spezialreserve angelegt werden, etwa im Betrag von 2% des Unterschiedes zwischen der Gesamtsumme der ordentlichen Benefizien und der aus dem verfügbaren Überschüsse herrührenden 2. Zuschüsse einerseits und den dafür vorhandenen Deckungskapitalien andererseits. Aus dieser Spezialreserve wären dann die Verluste zu decken. Nach dem Stande vom Anfang 1903 wäre zufolge der zuletzt aufgestellten Bilanz die Rechnung folgende:

Summe der ordentlichen Benefizien	M	2892000.—
„ „ 2. Zuschüsse, $2892 \times 53.30$	„	154143.60
zusammen	M	3046143.60
Deckungskapital der ordentlichen Benefizien	M	707514.65
„ „ 2. Zuschüsse	„	77680.68
zusammen	M	785195.33
Unterschied beider Summen	M	2260948.27
Spezialreserve, 2% des Unterschiedes	„	45218.97

Die Spezialreserve braucht nicht auf einmal aufgebracht zu werden. Da der verfügbare Überschuß alljährlich wächst und infolgedessen auch die Zuschüsse wachsen würden, so kann man vorerst den Betrag davon abtrennen, welcher als Deckungskapital für die unveränderten Zuschüsse dienen soll, und so dann der Spezialreserve den Rest überweisen so lange, bis sie die erforderliche Höhe erreicht hat. Von diesem Zeitpunkt an, der in etwa vier Jahren eintreffen wird, können dann die Zuschüsse wieder regelmäßig zunehmen. In gleicher Weise ist bei der Ergänzung der Spezialreserve zu verfahren, falls diese einmal hatte angegriffen werden müssen. (Schluß folgt.)

### Vom Problem der Stoffgestaltung.

Vor kurzem hat es Dr. Elenhaus in diesen Blättern ausgesprochen, daß die Bedeutung der Wissenschaft, insbesondere der Seelenlehre, für die Pädagogik nicht überschätzt werden dürfe. Die Wissenschaft liefert dem Pädagogen das Handwerkzeug; inwiefern ist sie ganz unentbehrlich und nicht leicht zu überschätzen. Aber die Hauptsache ist doch der Gebrauch des Handwerkzeuges, und da bleibt es als harte Tatsache bestehen, daß Lehren und Erziehen eine Kunst ist. Das Werkzeug bleibt tot, wenn es nicht von der Hand des Künstlers geführt wird. Diese Tatsache recht eindringlich zu veranschaulichen, ist das neue Buch des Kollegen Itzhner geeignet: „Lehrproben zur Länderkunde von Europa. Ein Beitrag zum Problem der Stoffgestaltung“. Verlag von Teubner, 1904. Preis 3.60 M. Der Name Itzhner bedeutet auf dem neu erschlossenen Gebiete der künstlerischen Erziehung schon ein Programm. Eingeleitet wurde dies Programm durch seine Schrift: „Über künstlerische Erziehung“; in den „Bildungsnotizen der Volksschullehrer“ wurde es erweitert, und das neue Buch gibt der Hauptsache noch eine praktische Durchführung des vertieften Programms auf dem Gebiete des geographischen Unterrichts.

Der Grundgedanke Itzhners ist, daß das Weientliche der künstlerischen Erziehung im künstlerischen Gestalten des Stoffes und damit in der Weidung der gestaltenden Kraft des Zögling liegt. Damit unterscheidet sich Itzhner wesentlich von anderen Vertretern der künstlerischen Erziehung, die vor allem darauf ausgehen, kunstempfindliche Menschen zu bilden. Diese führen gleichsam ein neues Fach ein, das man etwa Kunstbetrachtung nennen könnte. Itzhner aber führt ein neues Prinzip ein, das den gesamten Unterricht durchdringen soll, nämlich Weidung der gestaltenden Kraft des Zögling durch künstlerische Gestaltung des Stoffes.

Der Gedanke macht gewiß stutzig. Künstlerische Gestaltung? Das sieht so nach Willkür aus, wo es sich doch um wissenschaftlichen Stoff handelt. Der Verfasser spricht es auch im Vorwort aus, daß bei der ersten Aussprache über den Grundgedanken des Buches bei Kollegen dieser Gedanke als gegen die Wissenschaft gerichtet aufgefaßt worden sei.

Es handelt sich allein um die methodische Frage, ob für die Volksschule der Stoff wissenschaftlich—systematisch oder künstlerisch—charakteristisch vorgetragen werden soll. Im Rahmen der Volksschule hat systematische Wissenschaft keinen Raum, und außerdem fehlt für sie das Interesse des Schülers. Der Stoff muß als ein Lebendiges vorgetragen werden; so nur ist ein gespanntes Interesse zu erhalten, sind dauernde und einheitliche Vorstellungen zu gewinnen, und so nur erhält der Unterricht die große erzieherische Bedeutung einer Gestaltung des Innenlebens durch Miterleben des Stoffes. Die Wissenschaft gibt dem Lehrer hierzu das Werkzeug. Er darf nicht einem künstlerisch gestaltenden Gedanken zuliebe die wissenschaftliche Wahrheit des Stoffes beugen. Das versteht sich doch von selbst. Die wissenschaftliche Wahrheit aber muß zur künstlerischen verlebendigt werden. Es liegt also in Itzhners Grundgedanke gar kein Widerspruch gegen die Wissenschaft oder gar eine Verleugnung dieser. So viel geht aus diesen Überlegungen allerdings hervor, daß zu solcher Art der Stoffgestaltung außerordentlich viel Taft gehört, ein angeborener Instinkt, strenge Zucht, eben das, was man künstlerische Gestaltungskraft nennt.

Ein zusammenfassendes, grundsätzliches Werk über seinen Grundgedanken stellt Itzhner im Vorwort in Aussicht.

Das vorliegende Buch nun: „Lehrproben zur Länderkunde von Europa“ will den Grundgedanken in die Praxis übertragen. Es hat den großen Vorzug, praktisch erprobt zu sein. Zur gründlichen Beurteilung gehörte nun allerdings, daß man den Stoff mit eben solcher Sicherheit und in demselben Umfange inne hätte, wie der Verfasser. Die Beurteilung nach dieser Seite hin, nämlich ob der gestaltende Gedanke wissenschaftlich gerechtfertigt sei, wird Sache des Geographen sein. So viel kann aber auch der Laie in Geographie feststellen, daß es wirklich gelungen ist, die Erkenntnisse in einen lebendigen Zusammenhang zu bringen, indem sie alle einem charakteristischen Motive untergeordnet worden sind, und daß das Ergebnis nicht eine wohlgeordnete, lang-

weilige Schachtel voll Kenntnissen ist, sondern das Land als ein charakteristisches Individuum.

Im einzelnen wird das Herz des Methodikers sich erfreuen an der sündigen, geschickten Verwertung aller Anknüpfungspunkte.

Das Buch bringt aber noch etwas Neues: einen neuen Begriff der Geographie für die Volksschule als „Gegenwartskunde“. Als solche scheidet die Geographie alles aus, was nicht mehr lebendig in die Gegenwart hereinragt. Wissenschaft wird für den allgemein Gebildeten und für den Volksschüler nur an ihren Grenzlinien lebendig. Diese lebendigen Grenzgebiete der Geographie sind eben die gegenwärtigen Verhältnisse eines Landes. Auch dieses Erfassen des Gegenwärtigen bedarf eines sicheren Blickes; es ist beim Mangel einschlägiger Literatur doppelt erswerlich.

Somit gehört das Buch seinem Grundgedanken und dessen besonderer Anwendung auf die Geographie nach zu den wertvollsten pädagogischen Erscheinungen unserer Zeit. Es ist geeignet, neues Leben auf manchem pädagogischen Gebiete zu entfachen; namentlich werden auch der Psychologie neue Aufgaben über die Analyse des künstlerischen Gestaltens erteilt, und im ganzen wird wieder einmal ein großer, weitsehender Gedanke aufgestellt, der in Zustimmung und Widerspruch ein Sammelpunkt werden kann.

Das Buch wurzelt im Leben. Im Gedanken an das größere Deutschland ist es entstanden. Es ist theoretisch scharf formuliert und praktisch erprobt. Es wird wohl gelingen, was der Verfasser ausdrückt: „Damit stellt sich dem Auge des Schülers das Leben dar; er erlebt es mit, und das innerste, unbegreifliche Wesen dieses Lebens, die gestaltende Kraft, arbeitet zugleich an seiner Seele, sie selber zum Gestalten anregend, nach innen und nach außen.“

Wilhelm Lacroix.

## Stimmen zu den Schulanträgen.

### Die Lehrervorbildung.

Die Landtagsabgeordneten werden in den nächsten Wochen bei der Beratung über die „Einreichung der Volksschullehrer ins Beamtengesetz“ und die Bewilligung der Mittel zu Erweiterungs- bzw. Neubauten von Lehrerbildungsanstalten eine folgenschwere Entscheidung zu treffen haben, wodurch auf Jahrzehnte hinaus die Lehrervorbildung wieder festgelegt wird. In der Fachpresse der Volksschullehrer kommen seit Jahren die Wünsche der Lehrer in dieser Beziehung zum Durchbruch. Alle gipfeln darin, daß der gegenwärtige Zustand ein unhaltbarer sei und eine gründliche Reform vorgenommen werden müsse. In dem Widerstreite der Interessen verbuntelte sich, wenigstens für den Laien, das Bild aber derart, daß es selbst für den Gebildeten schwer fallen dürfte, den Kernpunkt der ganzen Frage klar zu erkennen und nur das allein Richtige aus dem Chaos der Meinungen zu wählen. Da überdies für viele der bisherige Umfang der Lehrerausbildung eine terra incognita ist, was man ja genügend aus der wunderbarsten Beurteilung der ganzen Ausbildung nur zu oft sehen kann, so möge mir hier gestattet sein, vor der breiteren Öffentlichkeit die Hauptteile der Initiativanträge der nationalliberalen und der demokratischen Partei eingehender zu beleuchten.

Der Antrag jener verlangt „Lehrerbildungsanstalten mit sechs-jährigem Lehrgang“; der demokratische aber fordert „Absolvierung einer sechs-klassigen Real-Mittelschule und Besuch eines dreiklassigen Fachseminars“. Dieser Antrag deckt sich mit den Wünschen der Volksschullehrer, die ihn im sog. „Weidelsberger Programm“ schon lange aufgenommen haben.

Wer einen tieferen Einblick in den Unterrichtsbetrieb der Seminarien und der Mittelschulen hat, wird wohl kaum im Zweifel sein, welcher von beiden Anträgen der Volksschule am zweckdienlichsten ist, und darauf kommt es doch in erster Reihe an. Nach dem Antrage der Nationalliberalen Partei müßten die künftigen Lehrer die Volksschule ganz durchmachen; nach dem der demokratischen könnten sie nur 3½ Jahre diese besuchen, um dann die Mittelschulen zu beziehen. Letzteres wäre ein Hauptmißstand; denn man sollte doch glauben, ein künftiger Volksschullehrer müsse voll und ganz alle Klassen der Volksschule durchkosten und so kennen lernen. Soll er sich denn so frühzeitig der Volksschule entfremden, um nach 6 Jahren allgemeiner Bildung wieder im Fachseminar in dieselbe zurückgeworfen zu werden? Oder: was will denn sonst das Wort „Fachseminar“ bedeuten? Schneiden sich die Volksschullehrer nicht ins eigene Fleisch, wenn sie ihre künftigen Kollegen möglichst bald ihrer eigenen Wirksamkeit entziehen durch allzu frühzeitiges Ausscheiden? Darum lassen wir den künftigen Lehrer so lange wie möglich in der Volksschule. 4½ Jahre oberste Klasse der Volksschule dürfen wohl ohne Überschätzung, ihrem Bildungsinhalte nach, den drei untersten Klassen der Mittelschulen gleichgesetzt werden. Dazu 6 Jahre zusammenhängendes Seminar ergäbe in seiner intensiven Arbeit und nach den hohen Bildungszielen des neuen (bisher noch nicht veröffentlichten) Lehrplanes eine allgemein wissenschaftliche und fachliche Ausrüstung, die auch den extremsten Bildungsfanatiker in hohem Maße befriedigen dürfte. Die Mittelschule ist auf ganz anderer Grundlage

aufgebaut als das Seminar. Sie setzt gleich in intensiver Weise mit den fremden Sprachen ein. Die notwendige Folge ist, daß die Fächer der Volksschule teils zurückgestellt, teils mehr summarisch behandelt werden müssen; es entginge somit den künftigen Lehrern die in den Volksschulfächern so notwendige Breite und Tiefe; ein Umstand, der in dem Fachseminar wieder korrigiert werden müßte zur Plage für Lernende und Lehrer. Wer Gelegenheit hat, zu sehen, wie die bis jetzt in den Unterkurs des Seminars aufgenommenen Einjährigen arbeiten müssen, um diese Lücken auszufüllen, der kann unmöglich wünschen, daß dieser Zustand ein allgemeiner werde.

Freilich kommen bei der jetzigen geringen Bezahlung der Lehrer nicht immer die besten; das könnte bei besserer Bezahlung besser werden. Allein auch da wäre vieles nachzuholen. Was wäre aber dann das Fachseminar anders als wieder eine Anstalt, in der man allgemein wissenschaftliche Kenntnisse zu vermitteln hätte neben den rein pädagogischen, also so wie es heute schon ist.

Man gebe den Lehrern einen besseren Gehalt, nehme sie ins Beamtengesetz auf, werte ihre mühsame und verantwortungsvolle Arbeit in gebührender Weise und stelle sie in jeder Hinsicht den gleich gebildeten Beamten gleich, so wird von selbst das Verlangen nach nur Mittelschulvorbildung, die in keinem Staate besteht, verschwinden. Dann erwächst der Oberichulbehörde auch die Pflicht, die Seminarien auch vor der breiten Öffentlichkeit so zu stellen, daß sie an der richtigen Stelle eingeangelt werden. Dazu ist vor allem erforderlich, daß der Berechtigungschein zum Einjährigendienst nicht erst nach Absolvierung des sechs-klassigen Seminars, sondern schon bei Eintritt in den vierten Kurs erworben werden kann; denn diese Bildung entspricht nach dem neuen Lehrplane der Höhe der Freiwilligenbildung. Dann ist ja auch äußerlich anerkannt, daß die Lehrerbildung noch drei Jahre darüber hinausgeht, was die Lehrer ausgebrüht sehen wollen. Die Befürchtung, daß dieser oder jener nach Erteilung des Scheines fahnenflüchtig werde, wird nach einer ausgiebigen Lehrerbildung kaum ausschlaggebend sein. Ein Ausscheiden solcher Elemente, die nicht den Lehrerberuf in sich fählen, ist für den Lehrerstand und die Volksschule nur von Vorteil. Das mußte bis heute als größter Mißstand empfunden werden, daß intellektuell und moralisch minderwertige Elemente dem Lehrerberufe zugeführt werden mußten, weil sie eben durch die abgeschlossene, eigenartige Bildung nur sehr schwer einem für sie passenden Berufe mangels der Berechtigungen übergeben werden konnten. Der frühzeitig gegebene Einjährigenschein ändert da manches. Kam es doch bis jetzt vor, daß die in den Unterkurs des Seminars eintretenden Einjährigen nach dreijähriger anstrengender Studierzeit nochmals den sog. Lehrer-Einjährigen sich erwerben konnten, in den Augen vieler den zweiten Güte. Bei einer solchen Neuordnung ist der Vergleich mit anderen Beamtencategorien amtlich festgestellt und ermöglicht den gesetzgebenden Körperschaften die richtige Einstellung ins Beamtengesetz mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. In der Abgeschlossenheit ihrer Vorbildung und dem absoluten Mangel an Vergleich haben bis dato die Lehrer das Hauptvertrauen ihrer Bestimmung gesehen. Jeder vorurteilslose Lehrer muß sich doch eingestehen, daß die Seminarbildung, als allgemein wissenschaftliche und pädagogische betrachtet, die sicherste Gewähr bietet für die beste Lehrerausbildung. Durch den Antrag der demokratischen Partei wären eine Menge von Bezirken des Landes ausgeschlossen, die bis heute vorzugsweise Lehrer lieferten. Es ließen sich beide Anträge recht gut vereinigen, wenn als Norm eine unter einheitlicher Leitung stehende sechs-klassige Lehrerbildungsanstalt angenommen wird, in welcher der oberste Kurs vorzugsweise dem Fachstudium gewidmet ist, das schon in den beiden vorhergehenden Kursen vorbereitet werden könnte. Der Einjährigenschein der Mittelschüler berechtigt zum Eintritt in die vierte Klasse, die absolvierten niederen oder höheren Klassen der Mittelschulen in die entsprechenden Klassen des Seminars. Auf solche Weise könnte dann das ganze Land in allen seinen Teilen junge Leute schicken, und es läge in der Hand der Lehrer, Begabte (aber nur solche) zur Ergreifung des Lehrerberufes aufzunehmen, wodurch in kurzer Zeit dem Lehrermangel ein Ende gemacht wäre.

B. Vöztg.

### Zur neuen Lehrerpétition.

„Es darf kein Landtag vorübergehen, ohne daß die Lehrer mit einer Petition kommen, bis ihre Verhältnisse geregelt sind.“ Diese jedem Lehrermunde hören, und der engere Vorstand des Bad. Lehrervereins hat daher mit der neuen Petition, die er im vorigen Monat dem Großh. Staatsministerium und den Landständen überreichen ließ, nur der allgemeinen Lehrerstimmung Rechnung getragen. Die beiden ersten Punkte der Petition befassen sich mit der „Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen an Volksschulen“ auf Grundlage des Beamtengesetzes. Wir dürfen ihre Ziele als bekannt voraussetzen und wollen nur noch erwähnen, daß die erhobenen Forderungen im Prinzip bereits von den maßgebenden Faktoren als berechtigt anerkannt worden sind. Die endgültige Regelung wird daher auch von dieser Landtagsession zu erhoffen sein, zumal die Angelegenheit als eine durchaus dringende bezeichnet werden muß. Das badische

Land, das zur Zeit der Millionenüberschüsse die Lehrer nicht erhören zu können glaubte, ist auch in Perioden einer minder günstigen Finanzlage immer noch kräftig genug, seinen Jugendbildnern ein ausreichendes Einkommen zu gewähren, dessen allzulanges Versagen schon ein überreiches Maß von Mißständen gezeitigt hat. Ein gänzliches Hinauschieben der Lehrerforderungen bis zur Revision des Beamtengesetzes würde auch um deswillen aufs höchste zu beklagen sein, weil damit jede Möglichkeit eines auch nur geringen Ausgleichs mit den Beamten, die jetzt schon viele Jahre im Genuße ihres tarifmäßigen Einkommens gewesen sind, abgeschnitten wäre. Doch wollen wir uns für heute nicht weiter damit befassen, vielmehr den nicht minder wichtigen und außerordentlich aktuellen dritten Punkt der Petition einer Besprechung zu unterziehen: „Es wolle eine Umgestaltung des Lehrerbildungswesens dahin in die Wege geleitet werden, daß die Präparandenschulen aufgehoben werden und der erfolgreiche Besuch von sechs Klassen einer Mittelschule oder das Bestehen einer entsprechenden Prüfung Bedingung zur Aufnahme in das drei Jahresturse umfassende Seminar ist.“ — Jedermann wird damit einverstanden sein, daß die Vorbildung der Lehrer eine den Zeitverhältnissen Rechnung tragende Reform erfahren muß. Ob es aber gegenwärtig angängig ist, diese in obigem Rahmen vorzunehmen, das ist eine andere Frage. Den Präparandenschulen vermögen wir zwar ebenfalls nicht das Wort zu reden. Dagegen können wir uns mit den sechsklassigen Seminarien unter Umständen einverstanden erklären, ja wir sind geneigt, wenigstens die spätere Beibehaltung solcher als eine zweckdienlichere Lösung anzusehen, als sie in der Petition empfohlen ist. Der erfolgreiche Besuch von sechs Klassen einer Realschule, bezw. die hier zu erwerbende Bildung, wäre im allgemeinen als richtige Grundlage zum Eintritt in das vom Lehrervorstand ins Auge gefaßte Seminar anzusehen. Bei dem Ausblick nach solchen Anstalten im Lande sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß deren etwa 25–30 in Betracht kommen könnten. Es entzieht sich unserer Kenntnis, wieviele Abiturienten jährlich aus ihnen hervorgehen; aber das wissen wir, daß jährlich ein Zugang von mindestens 200 Lehrern erforderlich ist, wenn die auf einen Lehrer entfallende Schülerzahl auch nur um ein bescheidenes Maß verringert werden soll. Wer will aber sagen, wieviele der Realschulabiturienten sich später zum Eintritt ins Seminar melden mögen? Nun stehen wir aber nicht nur im Zeichen des Lehrermangels, sondern sitzen mitten drinn. Wir befürchten wohl nicht ohne Grund, daß die in der Petition empfohlene Umgestaltung den Lehrermangel bis zur Unerträglichkeit für die Lehrer selbst steigern könnte. Die bezüglichen mißlungenen Versuche des Oberschulrats dürften noch nicht in Vergessenheit geraten sein, obwohl wir gerne einräumen, daß ihre Wiederholung unter anderen Gehaltsverhältnissen der Lehrer nicht ganz so ansichtslos bleiben würde. Wohl sind die Realschulen über das ganze Land verstreut; dessenungeachtet wäre weitans der Mehrzahl der ländlichen Bevölkerung die Zuführung ihrer Söhne zum Lehrberufe zum mindesten nicht erleichtert, wenn die Absolvierung einer Realschule als Vorbedingung angesehen würde. In einigen Amtsbezirken besteht eine Realschule überhaupt nicht, und in den meisten anderen könnten nur die in der Stadt selbst oder in deren Nähe wohnenden Söhne einen billigeren Gebrauch davon machen, als ihn der Besuch eines Seminars garantieren kann. Es ist aber schon deshalb nicht wünschenswert, daß der Rekrutierung des Lehrerstandes aus der Stadt gegenüber der vom Lande ein Übergewicht gegeben werde, weil die allermeisten Lehrer auf dem flachen Lande Verwendung finden müssen und dort um so ersprießlicher wirken können, je vertrauter ihnen von Jugend auf die ländlichen Einrichtungen geworden sind, was schon mit einem Hinweis auf die Anforderungen der ländlichen Fortbildungsschulen erklärt werden kann. Wir nehmen hier einen bekannten Einwand zum voraus weg, weil bei der Eigenart des Volksschullehrerberufs jeder Vergleich mit Geistlichen oder Beamten ein hinfühler werden müßte. Am allerhärtesten würde vielleicht die erbetene Umgestaltung jene entlegen wohnenden Lehrer selbst treffen, die ihre Söhne dem eigenen Berufe wieder zuführen wollten und dann gezwungen wären, sie in allzu jungem Alter aus dem Hause zu geben. Wir würden auch hundertmal lieber unseren Sohn im Internat unter der Leitung eines geeigneten Direktors untergebracht, als ihn täglichen Studienfahrten, den Zufälligkeiten einer fremden Lernstube oder eines Familienanschlusses ausgesetzt wissen, wo im besten Fall die häusliche Arbeit und Beaufsichtigung nicht so garantiert werden kann, wie im Internat. Ist es nicht merkwürdig, daß die berühmtesten Gymnasialanstalten in Württemberg und Sachsen ihre Erfolge zum Teil auf das Internat zurückführen können? Allerdings haben wir kein Internat im Sinne der preussischen Schulregulative im Auge, kein Internat, das sich unter der Leitung eines der Familienfürsorge fernstehenden Mannes befindet, kein Internat, das seine Jünger mit Arbeit überlastet und das 18–20jährige Leute unter die Hausordnung einer Kinderbewahranstalt oder Strafkolonie stellen will. Übrigens muß noch hervorgehoben werden, daß die badischen Lehrerseminare einen Zwang zum Internat überhaupt nicht mehr besitzen, daß aber bisher vom Externat ein aus räumlichen Gründen ganz unerwünscht minimaler Gebrauch gemacht worden ist. — Wenn

wir nun den Schluß aus unseren Betrachtungen ziehen, so kommen wir zu Vorschlägen, die sowohl dem Lehrerverein als der Schule, der Stadt und dem Lande gerecht werden können: Es wolle die Lehrervorbildung so umgestaltet werden, daß sie zum Teil auf einer Realschule oder ganz in einem sechs Jahresturse umfassenden Seminar erworben werden kann. Zu diesem Zwecke wäre der neue Seminarlehrplan so aufzubauen, daß er einerseits den Übergang der Realschulabiturienten oder solcher, die deren Bildungsgrad nachweisen können, in einen der höheren Seminaurse ermöglicht, andererseits an die Oberklasse der Volksschule anschließt. Mit den Seminarien sollten fakultative Internate verbunden sein. B. L.

#### Die Schulanträge vor der Kommission des Landtags.

Am letzten Freitag hielt, wie bereits mitgeteilt, die Schulkommission des Landtags ihre erste Sitzung ab. Vorsitzender ist der Abg. Fehrenbach, Berichterstatter Abg. Kohrhurst. Der Kommission gehören 19 Mitglieder an: 7 Nationalliberale, 7 Zentrum, 2 Demokraten, 2 Sozialdemokraten und 1 Freisinniger. In dreifündiger Sitzung beriet man über die Frage der Lehrervorbildung. Dazu lag ein Antrag von nationalliberaler Seite vor, künftig sechsklassige Seminare einzurichten anstatt der bisherigen fünfjährigen Ausbildung (2 Jahre Präparandenschule, 3 Jahre Seminar), sowie ein demokratischer Antrag, welcher die Allgemeinbildung der Lehrer vorher in Fachausbildung trennen will und zum Eintritt in ein 3 Jahresturse umfassendes Seminar die Absolvierung von 6 Klassen einer Real-Mittelschule fordert, außerdem lag eine Petition des Vorstandes des „Badischen Lehrervereins“ vor, die sich hinsichtlich der Vorbildungsfrage mit dem demokratischen Antrag deckt und verlangt, daß die Präparandenschulen aufgehoben werden und der erfolgreiche Besuch von sechs Klassen einer Mittelschule oder das Bestehen einer entsprechenden Prüfung Bedingung zur Aufnahme in das drei Jahresturse umfassende Seminar ist. Der demokratische Antrag und damit auch das diesbezügliche Petition des Badischen Lehrervereins wurden zugunsten des nationalliberalen Antrages abgelehnt und zwar mit allen gegen drei Stimmen. Für die Mittelschulvorbildung stimmten nur die beiden demokratischen Kommissionsmitglieder Heimbürger und Thrig, sowie ein Mitglied des Zentrums; die sozialdemokratischen Abgeordneten und das freisinnige Mitglied der Kommission stimmten mit dem Zentrum und den Nationalliberalen.

Gegen den weitergehenden demokratischen Antrag wurde geltend gemacht, daß die Mittelschulvorbildung zu kostspielig sei und man nicht genügend Lehrer bekäme, daß in abgelegenen Gegenden des Landes die Mittelschulen oft schwer zu erreichen seien, und daß die jungen Leute manchmal in zu jungem Alter den Einjährigenschein erhalten und infolgedessen zu frühe Lehrer würden. Die Sozialdemokraten wandten außerdem ein, daß die künftigen Volksschullehrer möglichst aus der Volksschule hervorgegangen sein müßten.

Der Einwurf der größeren Kostspieligkeit einer Mittelschulvorbildung wird durch die Tatsache widerlegt, daß beispielsweise der zweijährige Besuch nur der Präparandenanstalt (800–1000 Mark) weit höher zu stehen kommt als der mehrjährige Besuch einer Mittelschule, welche die Schüler vom Elternhause aus besuchen können. Die sechsjährige Seminarzeit wird künftig die p. p. Eltern mindestens auf 3000 M zu stehen kommen. Auch der Staat wird bedeutend höhere Aufwendung zu machen haben. An sämtlichen Lehrerbildungsanstalten werden für einen weiteren Jahrgang (von Parallelkursen ganz abgesehen) neue Gebäude zu erstellen und einzurichten sein. Außerdem sind weitere Lehrkräfte vorzusehen. Da die Seminarerziehung der Billigkeit halber auch künftig das Internat beibehalten wird, so kommen bei diesen Neuerstellungen nicht nur Unterrichtsräume, sondern ebenso Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume in Betracht. Wir müssen die hierfür aufzubringenden Summen als hinausgeworfenes Geld bezeichnen. Im ganzen Lande haben wir z. Bt. gegen 60 vier-, fünf- und sechsklassige Mittelschulen, die zumeist keineswegs an Überfüllung der Klassen leiden und die schon im Interesse ihrer Frequenz sicherlich froh wären, tüchtige Köpfe aus den Landorten, die sich zum Lehrerberuf entschließen, aufnehmen zu können. Man erstellt oder erweitert also ohne Grund Lehrerbildungsanstalten und schafft Lehrstellen, während über das ganze Land verteilt Schulanstalten und Lehrer genügend vorhanden sind, ohne voll ausgenützt zu werden. Für die in Frage kommenden Eltern wie für den Staat wird also die sechsklassige Seminausbildung einen höheren Mehraufwand verursachen als die Mittelschulvorbildung mit anschließendem Seminar.

Daß man „nicht genügend Lehrer“ bekomme, bei der von uns geforderten Neuregelung der Lehrervorbildung, hätte man als Grund nicht anführen dürfen; denn schon seit Jahren ist der Zugang zum Lehrerberuf ein mehr als ungenügender, ohne daß wir eine andere als die veraltete, jetzt ein wenig aufzupolierende Seminar- und Internatserziehung haben. Der Grund hierfür ist in der schlechten Bezahlung des Lehrers zu suchen und nirgends anders. Man besolde die Lehrer wie die mit ihnen zu vergleichenden Subalternbeamten,

von denen fast ausschließlich auch Mittelschulvorbildung verlangt wird, und wir werden mehr Lehrer bekommen als wir brauchen.

Wenn in einzelnen Gegenden die Mittelschulen für die jungen Leute oft schwer zu erreichen sind, so müßten eben bemittelte Eltern ihre für den Lehrerberuf bestimmten Söhne an dem betreffenden Schulort in Pension geben. Man hat bisher auf die Eltern, gerade was diesen Punkt betrifft, keine besonders große Rücksicht genommen; wir weisen auf den zweijährigen Besuch der Präparandenanstalt in Tauberbischofsheim hin, wo kein Internat besteht und die angehenden Lehrer gezwungen sind, bei Privatleuten Wohnung zu nehmen. Wir meinen, wenn sich Fälle ergeben, daß in abgelegenen Orten der Besuch einer Mittelschule erschwert erscheint, könnte der Staat solchen jungen Leuten, deren Eltern sich durch Revers verpflichten, ihre Söhne dem Lehrerberuf zuzuführen, ein Stipendium auswerfen, wie er dies bisher auch bei der Präparanden- und Seminarerziehung getan hat. Es erweist sich also auch der gegen unsere Forderung der Mittelschulvorbildung angeführte Grund als recht habenscheinig.

Nicht anders vermögen wir auch den weiteren Grund zu charakterisieren, der die Mittelschulvorbildung ablehnt, weil junge Leute oft schon mit 15 Jahren den Einjährigenschein erhielten und dann nach zurückgelegter Seminarzeit in nicht genügend reifem Alter Lehrer würden. Zunächst ist die Regel, daß unsere Jungen nach 14jährigem Besuch der Volksschule, also im 10. Lebensjahre in die Mittelschule eintreten und nach 6 Jahren den Einjährigenschein erhalten. Ausnahmen kommen vor; das war aber auch bisher so. Der Oberschulrat mußte öfters Dispens erteilen, wenn junge Leute noch nicht das vorgeschriebene Alter von 16 Jahren erreicht hatten und in das Seminar eintreten wollten. In größerem Umfange als bisher wäre dies künftig sicherlich nicht der Fall gewesen. Wenn wir den Lehrerkalender durchblättern, so finden wir eine ganze Anzahl von Lehrern, die mit 18 $\frac{1}{2}$  Jahren ihre erste Anstellung als Lehrer erhielten. Die übergroße Mehrzahl der Kandidaten ist zwischen 19 und 20 Jahren alt. Das würde sich auch in Zukunft kaum ändern. Übrigens könnte hier recht wohl eine Bestimmung geschaffen werden, welche für Kandidaten, die das notwendige Mindestalter nicht besitzen, eine Wartezeit vorschreibt. Auch diese Einrichtung wäre für die Lehrer nichts neues; haben doch bis vor einem Jahrzehnt, als der Zudrang zum Lehrerberuf noch größer war als heute, die aus dem Seminar entlassenen Kandidaten oft  $\frac{1}{2}$  oder  $\frac{3}{4}$  Jahre auf ihre Anstellung warten müssen! Wir sehen, auch dieser Einwand gegen die Mittelschulvorbildung ist an den Haaren herbeigezogen.

Am verwunderlichsten erscheint aber doch die sozialdemokratische Forderung, die Lehrer sollten möglichst die Volksschule durchlaufen haben. Warum? Daß sie es am eigenen Leibe verspüren, wie die doch gerade in den letzten Jahren von der Sozialdemokratie scharf kritisierte badische Volksschule so unzulänglich als nur möglich ist?! Ja, wenn wir die Einheitschule mit erweiterter Unterrichtszeit hätten! Allein daran ist auf Jahre hinaus nicht zu denken. Also sollen auch die angehenden Lehrer bis zu ihrem 14. Lebensjahre mit den 13 Wochenstunden, die für den Prosaunterricht übrig bleiben, vorlieb nehmen, während ihre Altersgenossen, die sich anderen Berufen zuwenden, in der Zeit 28–30 Wochenstunden Unterricht erhalten, und auch noch in anderen als in der Volksschule vorkommenden Fächern unterwiesen werden. Eine Hebung der Lehrerbildung können wir darin nicht erblicken. Die Sozialdemokraten wohl auch nicht. Sie selbst bemühen recht eifrig die Gelegenheiten, ihre Söhne in Mittelschulen zu schicken. Für die Lehrer, die doch eine erhöhte Ausbildung erfahren sollen, ist die Volksschule gut genug. Wir begreifen den sozialdemokratischen Standpunkt nicht.

Die von den Nationalliberalen, Zentrum, Freisinnigen und Sozialdemokraten in der Kommission beschlossenen sechs-klassigen Seminare bedeuten eine Konservierung der mit allen Fehlern und Mängeln behafteten bisherigen Lehrerbildung. Seither hat man die Lehrer fünf Jahre in das Internat gesteckt. Künftig werden es deren sechs sein. Die in ein System gebrachte Erziehung zur Streberei und „Krummbudeligkeit“, wie Diesterweg sagt, soll in neuem Ausprägung auch künftig für die Lehrer Geltung haben. Das aus dem „Musterland“ Sachsen herübergenommene sechs-klassige Seminar wird auch in Zukunft die badischen Lehrer in der Ausnahmestellung erhalten, unter der sie von jeher genest. Die Mittelschulen, die unsern Beamten und dem gebildeten Bürgertum ihre Bildung vermitteln, sollen dies nicht auch für die Volksschullehrer. Die „Wassersuppenbildung“ der Seminare ist für den Lehrer gut genug. Für ihn genügt die als Konzeption gewährte eine Fremdsprache des sechs-klassigen Seminars, während andere Berufsstände in deren zwei unterwiesen werden. Auch in Zukunft wird der badische Lehrer Beamter 2. Klasse bleiben, dem es nicht vergibt war, eines Bildungsganges sich zu erfreuen, wie er für unsere Subalternbeamten vorgeschrieben ist. Der Beschluß der Schulkommission des Landtags wird für die von den Lehrern mit Recht geforderte soziale Hebung ihres Standes ein sich noch oft fühlbar machender Hemmschuh sein. Man wird nicht zuletzt auch bei Einreichung der Lehrer in den Gehaltstarif auf die mangelnde wissenschaftliche Vorbildung, welche die Mittelschulen ge-

währen, verweisen. Das wird auch eine materielle Schädigung für den Lehrerstand werden. Der demokratische Antrag wollte in dem sechs-jährigen Mittelschulbesuch der Lehrerbildung eine wissenschaftliche Grundlage und in dem dreijährigen Seminarbesuch eine Abrundung des allgemeinen Wissens nebst einer tüchtigen Fachausbildung geben. Diese Bildung würde dem Maturium einer Mittelschule entsprechen und den Lehrerstand den ihm gebührenden Platz unter den Gebildeten gegeben und ihn auch für seinen Beruf eminent befähigt haben. Aber: „Es hat nicht sollen sein!“ Die Lehrer sind um eine Enttäuschung reicher und werden eben weiter warten müssen. Der demokratischen Forderung aber, einer Mittelschulbildung auch für die Volksschullehrer, gehört die Zukunft. Landesbote.

## Verschiedenes.

Karlsruhe, 26. Febr. Die Kommission der Zweiten Kammer zur Vorberatung der Schulanträge hielt heute ihre erste Sitzung ab. Sämtliche 19 Mitglieder waren zugegen. Den Vorsitz führte, wie schon mitgeteilt, Abg. Fehrenbach (Zentr.), Berichterstatter ist Abg. Rohrbach (nat.-lib.). Man einigte sich dahin, zunächst auf die Lehrerbildungsanstalten bezüglichen Anträge und Fragen zu behandeln und trat in die Erörterung des Punktes I des nationalliberalen Antrages ein, der lautet: „Einrichtung eines sechs-jährigen Lehrganges auf den Lehrerbildungsanstalten“. Dieser Antrag will also die bestehenden Präparanden-schulen mit den Seminarien verschmelzen, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß einzelne der ersteren auch örtlich getrennt von den Seminarien bestehen können. Aber jedenfalls soll der Lehrplan ein einheitlicher, für sechs Jahreskurse (nicht mehr fünf) bestimmter, organisch aufgebaut sein. Ausgeschlossen ist dabei nicht, daß auch Schüler der Mittelschulen mit dem Zeugnis der absolvierten Untersekunda in den vierten Jahreskurs eintreten können, was auch jetzt schon vorkommt. Dem Antrag der Nationalliberalen stand ein anderer von der demokratischen Partei gegenüber, der die Abschließung der Untersekunda als Regel für den Eintritt in die Seminarien fordert, diese letzteren dann als dreijährige Fachschulen eingerichtet wissen will. Nur für eine Übergangszeit gibt auch der demokratische Antrag sechs-jährige Kurse zu. Nach einem einleitenden Vortrage des Berichterstatters fand eine nahezu dreistündige Debatte statt, in der die prinzipiellen und praktischen Gesichtspunkte beider Anträge erörtert wurden. Darauf wurde zunächst über den demokratischen Antrag abgestimmt, der mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt wurde. Alsdann wurde der nationalliberale Antrag einstimmig in folgender Fassung angenommen: „Errichtung eines sechs-jährigen Lehrganges auf den Lehrerbildungsanstalten, in welche überzutreten den Schülern von Mittelschulen tunlichst erleichtert werden soll. Insbesondere sollen solche Schüler in den vierten Jahrgang einer Lehrerbildungsanstalt nach Abschließung der Untersekunda ohne Ablegung einer besonderen Aufnahmeprüfung eintreten dürfen.“

Mannheim. Zur Frage der Lehrerbildung. Die Kommissionsbeschlüsse der II. Kammer, wonach das sechs-klassige Seminar doch kommen soll, könnten vielleicht der Befürchtung Vorhub leisten, alle Gegenagitation sei jetzt wertlos, überflüssig. Die dem Gedanken dürfen wir unter keinen Umständen Raum geben. Und wenn wir momentan nichts erreichen, wenn trotz allem diese neue Sonderstellung für uns geschaffen würde, so wäre damit noch nicht alles verloren. Wir müssen klipp und klar zeigen, daß unser Ziel sechs-klassige Mittelschulbildung und dann dreijähriges Fachseminar bleibt. Und wenn wir den uns drohenden Plan jetzt auch nicht zu vereiteln vermöchten, so hoffen wir fest und bestimmt durch einiges, bestimmtes Vorgehen, bei Regierung und Landständen so viel Entgegenkommen zu finden, daß dieselben von vornherein die Ausstattung, Lehrpläne und Berechtigungsverleihung so einrichten, daß in Bälde der Übergang zur Mittelschulbildung leichter zu bewerkstelligen ist und so die geplante Sonderbildung nur eine kürzere Übergangszeit darstellen wird.

Darum auf! Nicht schweigen, sondern Stellung nehmen! Unser Ziel muß bleiben: Mittelschulbildung und dann Fachseminar! Die jetzt geplante Reform könnte nur Abschlagszahlung sein. Endlich müssen auch wir aus unserer unheilvollen Sonderstellung heraus. Das wird keine Partei und kein Geiz aufhalten. Die Zeit wird unser mächtigster Bundesgenosse sein. Aber wir müssen selbstverständlich die Pioniere bleiben. Wir müssen bebarlich bleiben, auch wenn der Erfolg nicht gleich winkt. — Pant it lud!!!

Mannheim. Auf Ansuchen des Rektorats und Antrag der Theaterintendant hat der Stadtrat die versuchsweise Veranlassung einer Schülervorstellung im Theater für die an Ostern dieses Jahres zur Schulentlassung kommenden Schüler und Schülerinnen der 8. und 7. Klassen gegen ein einheitliches Eintrittsgeld von 20  $\mathcal{H}$  genehmigt. Zur Deckung des Fehlbetrags wurde ein Zuschuß von 300  $\mathcal{M}$  bewilligt. Für die etwa Mitte März stattfindende Vorstellung ist die Aufführung „Wilhelm Tell“ in Aussicht genommen.

Pforzheim, 26. Febr. Recht bedenkliche Früchte hat bereits die Ausschachtung des bekannten Falles Eckert im benachbarten Dorfe-

Brödingen zu politischen Zwecken gehabt. Wie es in dieser Gemeinde aussieht und wohin politische Verheugungen führen, davon nur zwei kleine Beispiele: Kürzlich ging einem Brödingen Lehrer, der Dirigent eines dortigen Gesangsvereins ist, von dem Vorstand desselben ein Schreiben zu, des Inhalts, daß der Verein seinen Dirigenten, weil dieser im Prozeß Edert zugunsten des Angeklagten als Zeuge ausgesagt habe, nicht mehr als solchen behalten werde. Also ein Zeuge, der unter Eid nach bestem Wissen und Gewissen aussagt, wird boykottiert! Und nun noch eine weitere Folge der sozialdemokratischen Verheugung in Brödingen: Ein Lehrer, der ein Mädchen in der Schule zurückbehält, um die vorhandenen Lücken auszufüllen, wird diesmal vom Vater zu Rede gestellt und geprügelt! Was sagt nun Herr Eichhorn zum umgekehrten Fall.

**Salem.** Der Bote vom Salemtal schreibt:

„Der von liberaler Seite eingebrachte Schulantrag würde zu seiner völligen Durchführung folgenden Aufwand erfordern: Die Herabsetzung der höchst zulässigen Schülerzahl für einen Lehrer auf 65 bedingt einen Aufwand von rund 1700000 M., die Einreihung der Lehrer in das Beamtengesetz einen solchen von 1,5 Mill. M. und schließlich die notwendig werdenden Schulbauten Kosten von 3000000 M.“

Hievon ist die Gehaltsvorlage sicherlich die begründetste und notwendigste und deshalb wird sie in der Kammer hoffentlich auch trotz der schlechten Finanzlage Annahme finden. Die andern Staatsangelegten haben seit Jahren ihre Besserstellung erreicht. Es wäre eine große Ungerechtigkeit, wenn man da auch diesmal wieder für die berechnete Forderung der Lehrer nichts anderes hätte als die üblichen schönen Worte und die Vertröstung auf bessere Zeiten. „Taten wollen wir endlich einmal sehen, nicht bloß Worte“, so heißt mit Recht die entschiedene Parole der bisher in dieser Sache schon so oft schmerzlich enttäuschten bad. Lehrerschaft.

**k. Mosbach.** Bei der am 27. Febr. stattgehabten Konferenz hielt Herr Medizinalrat Dr. Wippermann von hier einen Vortrag über die Tuberkulose und deren Bekämpfung. Mit den äußerst interessanten, streng wissenschaftlichen Ausführungen, die zum Teil durch Bild Veranschaulichung fanden, wußte der Redner die zahlreich versammelte bis zum letzten Worte zu fesseln. Eingehend verbreitete er sich über Vererbung und Übertragbarkeit der Krankheit, nebenbei die großen Verdienste von Professor Koch hervorhebend, auch die Befringliche neuere Behauptung erwähnend, um in dem zweiten Teil seiner Rede über die Heilbarkeit und Bekämpfung mit allem Nachdruck die Wichtigkeit der Vorsichts- und Vorbeugungsmittel zu betonen, um dieser wuchernden Volkskrankheit zu begegnen. Mit einem warmen Appell an die Lehrer, bei Bildung von sog. „Ausschüssen zur Bekämpfung der Tuberkulose“ mitzuwirken, schloß der verehrte Redner seinen 1 1/2 stündigen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Aus der anschließenden lebhaften Diskussion ging hervor, wie auch in Schulhäusern in hygienischer und sanitärer Beziehung noch viel zu wünschen übrig bleibt, ein erwähnter Fall der primitivsten Art zeigte geradezu, daß in dieser Hinsicht noch Verhältnisse bestehen, die jeder Beschreibung spotten.

Der neuen Verordnung über das Schulreinigen wurde dankbar gedacht. Schulärzte würden mit Freuden begrüßt werden.

Im Weiteren nahm der Vorsitzende Gelegenheit, dem verehrten Herrn Referenten, der auch bei der Diskussion öfters zur Belehrung das Wort nahm, den Dank der Konferenz auszusprechen mit der Versicherung, daß der Idealismus der Lehrerschaft in ihrer Gesamtheit beherrscht, Bürgschaft dafür biete, daß die Lehrer mit Freuden die Hand reichen zu solchen Vereinigungen, wie sie Herr Medizinalrat Dr. Wippermann im Auge hat.

**Karlsruhe.** Das schulpolitische Programm der Nationalsozialen, welches vor einigen Jahren nach dem Entwurf von Rein Jena angenommen wurde, vereinigt in sich alle Forderungen, welche der badische Lehrerverein zu den seinigen gemacht hat. Mit großem Interesse hörten wir daher gestern einen Vortrag des Stadtpfarrers Lehmann in Hornberg im national-sozialen Verein über „Kirche und Schule“. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Schule und auf ihre Stellung in Staat und Kirche behandelte der Redner die aktuelle Schulfrage, speziell wie sie zur Zeit dem badischen Landtage vorliegt. Er sprach über die Ortschulaufsicht, welche leider gar nicht den Forderungen entspreche. Stärkere Vertretung in derselben durch die Lehrer — alle Hauptlehrer sollen Mitglieder derselben sein —, dann durch die Eltern der Schüler, wodurch die oft schon erwähnte Schulkonferenz ihren Einzug halten würde, sei wünschenswert und zur gedeihlichen Fortentwicklung unseres Volksschulwesens geradezu geboten. Sowie der Pfarrer im Stiftungsrat, bezw. Kirchengemeinderat den Vorsitz führe, solle der Lehrer denselben im Ortschulrate führen. Referent schaltete bei seinen Ausführungen die großen Schulkörper, wie sie in größeren Städten beständen, selbstverständlich aus. Die Frage, ob die Lehrerbildung in einer Mittelschule und einem Fachseminar oder aber in einem sechsklassigen Seminar im Anschluß an die Volksschulbildung zu nehmen sei, ließ Redner offen. In der Diskussion trat man jedoch für das erstere ein. Namentlich verlange das die von dem Referenten aufgestellte Forderung, der

Volksschullehrer, insbesondere auf dem Lande, solle in nähere Beziehung zu der Gemeinde treten, er solle Volkslehrer werden; das kann er aber nur, wenn er bessere Vorbildung habe und sozial besser gestellt sei. Bessere Gehaltsverhältnisse herbeizuführen, darin seien, so meinte der Redner, alle Parteien einig.

Die Frage, ob der Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen sei und an seiner Stelle der Moralphunterricht zu treten habe, verneinte der Referent. In der an diese Frage sich anschließenden Debatte verlangte Dr. Ketter, Rechtspraktikant, den Moralphunterricht. Ihm gegenüber wiesen die Herren Stadtpfarrer Rohde und Professor Weismann in Heidelberg die Notwendigkeit der Verbindung des Religionsunterrichts mit der Schule nach. An dieser Diskussion nahm auch Dr. Loh teil, welcher in seinen Ausführungen über die vielfachen Mißerfolge und schlimmen Erfahrungen, die man mit dem Religionsunterricht gemacht habe, auf eine Reform dieses Unterrichts abzielte.

Derartige Versammlungen, in welchen Leute der verschiedensten Berufsstände teilnehmen und ihren Wünschen Ausdruck geben, können unsern Bestrebungen recht förderlich sein.

**Von der Elsenz.** Am verflossenen Sonntag hatten die Mitglieder des Evng. Bundes des Zweigvereines M. im Gasthaus zum Hirsch daselbst einen sog. Familienabend.

Es ist nicht unsere Aufgabe und Absicht, über den Verlauf dieses Abends eingehend in diesem Blatte zu berichten. Nur die Ausführungen eines der Herren Redner sollen teilweise nicht unwidersprochen bleiben. Einmal, weil sie in nicht gerade sehr taktvoller Weise eine örtliche Angelegenheit berührten, die bereits über ein Vierteljahr ihre Erledigung gefunden hat, und zum andern, weil sie auf eine nicht anwesende Person abgesehen waren.

Der erwähnte Herr Redner schilderte u. a. das verdienstvolle Wirken des M. . . . . r. Posannenchors um das kirchl. Leben im allgemeinen und im besondern zu der Zeit, als der Organist „streifte“.

Es ist und bleibt rein unverständlich, wie der Herr Redner von einem „Streifen“ des Organisten sprechen konnte; denn er (Redner) wußte doch bestimmt, daß der Vertrag durch die Kirchengemeinderatsversammlung dem Organisten gekündigt worden war, weil dieser sich nicht mehr verpflichtet wollte, das „Leichentragen“ zu übernehmen, und diese Kündigung von ihm (Redner) selbst dem Organisten überbracht wurde. Heißt also eine Kündigung annehmen, „streifen“? Entweder haben wir es hier mit einer Begriffsverwechslung oder mit einer falschen Beschuldigung zu tun, eines so unentschuldigbar wie das andere.

Aber zugegeben, daß Hr. M. eine Beleidigung absolut fern lag, so war dieser Ausfall auf den Lehrereorganisten um so mehr unangebracht und bedauerlich, als auch die Schuljugend in diesem Familienabend (nebenbei gesagt bis 11 Uhr nachts) vertreten war.

Wenn die Tätigkeit des Ev. Bundes in den letzten Tagen vor dem Forum der Öffentlichkeit einer so scharfen Kritik unterworfen worden war, so ist auch der oben erwähnte Vorgang nicht geeignet, dem Bunde aus dem Kreise der Lehrer neue Mitglieder zuzuführen. —

**Vom Lande.** Noch kurze Zeit trennt uns vom schönen Wonnemonat Mai, der vielen kath. Lehrer-Organisten das zweifelhafteste Vergnügen bringt, an den Sonntagen außer zweistündigem Fortbildungsschulunterricht, Vor- und Nachmittagsgottesdienst auch noch in der sog. „Maianacht“ mitwirken zu müssen. Diese wird abends gehalten, so daß für den Lehrer ein Gefühl des „Freiseins“ an jenen Sonntagen nicht aufkommen kann. Wir sind der Ansicht, daß jeder Lehrer das Recht und die Pflicht hat, darauf hinzuwirken, es möchte jene Andacht verlegt oder so gestaltet werden, daß die Orgel ruhen kann. Viele Herren Geistlichen setzen die Maianacht anstelle des Nachmittagsgottesdienstes und befreien so sich und den Organisten von einer lästigen Pflicht. Das Volk selbst geht auf dem Lande bereitwilliger am Werttag Abend zur Kirche, weil es den ganzen Sonntag Nachmittag ganz für sich haben will. Es bedarf gewiß da und dort nur des höflichen Erjuchens seitens des Organisten an den Herrn Ortsgeistlichen, um diesen zu bewegen, dem Lehrer einen berechtigten Wunsch zu erfüllen; manche Kollegen haben aber nicht einmal den kleinen Mut, eine berechnete Bitte zu stellen, versallen aber gern in den Fehler, den betreffenden Herrn Geistlichen der Rücksichtslosigkeit zu zeihen, während sich dieser gern entgegenkommend zeigte, wenn man ihn darum ansprechen würde.

**Bayern.** Anlässlich des Neujahrsfestes hat der Prinzregent den Titel „Oberlehrer“ an 33 Volksschullehrer und 2 Taubstummenlehrer verliehen. Was werden die preussischen Akademiker dazu sagen?

**Bayern.** Aus der Pfalz wird geschrieben: Der neue Anstellungsmodus der Volksschullehrer, wonach die Ernennung durch die Regierung ohne vorausgegangene Wahl seitens des Gemeinderates erfolgt, äbt bereits seine heilsame Wirkung aus. Lehrer, die bisher jahrelang auf schwierigen Posten in abgelegenen Orten eifrig wirkten, kommen nun endlich auf bessere Schulstellen in Städte und stolze Dörfer. Das findet großen Beifall.

**Gehaltsbewegung in Berlin.** Vor einem Jahre ungefähr richtete der Berliner Lehrerverein eine Petition an den Magistrat, in welcher er um Erhöhung des Grundgehalts und der Mietsentschädigung

hat. Die Unzulänglichkeit beider Gehaltssteile (das Grundgehalt beträgt 1200 M.; die Mietentschädigung 648 M.) war durch ein reiches statistisches Material einwandfrei dargetan. Nach langem Harren, das naturgemäß allerlei Hoffnungen wach werden ließ, kam endlich folgende lakonische Antwort: „Wir haben davon absehen müssen, dem Antrage auf Erhöhung des Grundgehalts und der Mietentschädigung der Gemeindefachlehrer zu entsprechen.“ Diese lästige Abweisung hat in der Berliner Lehrerschaft eine starke Erregung hervorgerufen, die um so berechtigter erscheint, als verschiedene Vororte Berlins in den letzten Jahren die Gehälter der Lehrer wesentlich aufgebeßert haben, so daß Berlin jetzt hinter Orten wie Schöneberg, Friedenau, und Tegel (1400 M Grundgehalt) bedeutend zurücksteht. In einer stark besuchten Versammlung des Berliner Lehrervereins am 29. Januar wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, dieselbe Petition mit der gleichen Begründung zunächst der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten; weitere Schritte hat sich der Verein vorbehalten.

**Berlin. (Regierung — Zentrum — Volksschule.)**  
Die Staatsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus, so schreibt uns ein praktischer Schulmann, hat ein großes Schlaglicht auf die schulpolitische Lage geworfen, das den Freunden einer zeitgemäßen Entwicklung der preussischen Volksschule die heranziehende Gefahr nur zu deutlich zeigt und sie mit tiefer Befürchtung erfüllen muß. Der Abgeordnete Bachem vom Zentrum erkundigte sich nach dem erwarteten Schulgesetz und sagte: „Wir sind zunächst einmal bereit, an dem Zustandekommen des Schulunterhaltungsgesetzes mitzuwirken, sofern es die verfassungsrechtlichen Rechte der konfessionellen Volksschule sichert.“ Daraus antwortete der Finanzminister v. Rheinboven: „Mit dem Vorredner teile ich den Standpunkt, daß die christliche Erziehung unserm Volke erhalten werden muß.“ Nachgerade kennt doch jedermann seit den Tagen Windthorst's die Absichten des Zentrums auf die Schule und hat tausendmal die unbegründeten Klagen der Führer dieser Partei über die Entchristlichung der Volksschule vernommen, so daß es absolut unverständlich erscheint, wie ein preussischer Minister erklären kann, er teile mit dem Vorredner den Standpunkt! Oder hat es der Herr Minister vielleicht anders gemeint? In diesem Falle gestatten wir uns die bescheidene Anfrage, welche Partei des Abgeordnetenhauses denn der Schule den christlichen Charakter nehmen will, daß Zentrum und Regierung diesen verteidigen müssen? Die Anhänger Roms wollen eben die sich jetzt darbietende Gelegenheit benutzen, um der Simultanen Schule, die in ihren Augen gleichbedeutend mit einer unchristlichen ist, den Garaus zu machen. Wenn dies gelingt, muß unser Schulwesen einen Rückschritt erleiden und die Spaltung der beiden großen Konfessionen nur noch größer werden, wie ein Erlaß des preussischen Kultusministers treffend ausführt. Es heißt darin:

„... die Erfahrung, daß die von der früheren Einrichtung abweichende Richtung und Entwicklung des Schulwesens . . . unterrichtliche Vorteile nicht gebracht, sondern zur Schärfung der nationalen und religiösen Gegensätze beigetragen haben, läßt es als notwendig und zweckmäßig erscheinen, in die verlassene Bahn zurückzulenken und die Herstellung simultaner Unterrichtsanstalten da, wo es die Verhältnisse gestatten, anzustreben und durchzuführen. . . An erster Stelle sind überall die pädagogischen Gesichtspunkte als maßgebend anzusehen, und in dieser Beziehung kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Herstellung größerer Schulkörper . . . den Vorzug verdient vor der Einrichtung und Belassung kleiner Unterrichtsanstalten, welche höhere Ziele in der Regel nicht erreichen können und eine umfassendere, von engen Anschauungen und Auffassungen befreite Bildung zu vermitteln wenig geeignet sind.“

Doch dieser Erlaß ist datiert vom 16. Juni 1873. Es ist vieles anders worden in dieser neuen Zeit!

(„Tägl. Rundschau.“)

Zur Stellenauswahl schreibt das Lehrerheim:  
„Nützlich ist von der Oberschulbehörde eine Stelle besetzt worden, ohne daß dieselbe zur Bewerbung ausgeschrieben war. Es ist die Stelle des ersten Hauptlehrers und Vorstandes der Mädchenmittelschule in Stuttgart. Ich bezweifle nun, ob eine Behörde Stellen vergeben kann, die nicht ausgeschrieben werden. Es kann doch wohl nicht ins Belieben der Behörden gelegt sein, die eine Stelle unter der Hand zu vergeben, die andere im Staatsanzeiger auszusprechen. Den Personen, welche auf eine Stelle ernannt werden, muß es doch angenehmer sein, aus dem öffentlichen Wettbewerb als Sieger hervorzugehen, statt bloß durch Regierungsdekret, unter Ausschluß jeglicher Konkurrenz, in das Amt eingewiesen zu werden. Würde eine Stelle unter der Hand zugeteilt, so gibt es oft Mißdeutungen der Gründe, welche zur Belegung der Stelle geführt haben können. Es liegt im Interesse der Behörde und der von ihr Ausgewählten, daß jede vakante Stelle der allgemeinen Bewerbung zugänglich gemacht wird.“

Für die Einheitschule! In Jena gibt es gegenwärtig noch eine erste und zweite Bürgerstauete; in der ersten ist das Schulgeld ein höheres als in der zweiten, dafür hat aber die erstere nur eine Klassenfrequenz von 40—50, die letztere hingegen von 60—80! Bisher standen beide Schulen unter einer Leitung. Aus Anlaß eines Schulneubaus wollte nun der Schulvorstand die beiden Schulen auch in der Leitung trennen und für jede einen besonderen Rektor anstellen. Das Groß-

Schulamt, bezw. das Staatsministerium gab aber, wie die Ostg. für Thür. berichtet, durch einen Erlaß der schwebenden Schulfrage eine andere Wendung. Geistesgaben sind — so führte das Schulamt aus — nicht nach Ständen verteilt, und darum ist es wünschenswert, das Prinzip der Einheitschule durchzuführen. In der Einheitschule ist eine höhere Gesamtleistung gewährleistet und bei Überfüllung der einzelnen Klassen ist leicht aus Parallelklassen ein Ausgleich geschaffen. Der leidige Gegensatz unter den verschiedenen Ständen, der das Volkleben zu vergiften droht, wird dann wenigstens in der Schule beseitigt resp. von ihr ferngehalten ohne daß die Leistungsfähigkeit der Schule etwa darunter leiden dürfte, wenn die Kinder der Armen und Reichen gemeinsamen Unterricht erhalten. — Staatsministerium und Schulamt stellen sich somit auf den Boden der allgemeinen Volksschule.

**Begründung von Volksbibliotheken seitens der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung im Jahre 1903.** Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung hat im Jahre 1903 im ganzen Deutschen Reiche 2721 Bibliotheken mit 71894 Bänden begründet und unterstügt. Die Leistungen der Gesellschaft haben sich gegen die Vorjahre bedeutend erhöht. Es wurden im Jahre 1902 1824 Bibliotheken mit 59634 Bänden, im Jahre 1901 1221 Bibliotheken mit 44967 Bänden, im Jahre 1900 647 Bibliotheken mit 31637 Bänden begründet und unterstügt. Von den im Jahre 1903 begründeten und unterstügten Bibliotheken entfällt die Mehrzahl, 621 mit 14047 Bänden auf Brandenburg. Dann folgt

Westpreußen	mit 180 Bibliotheken und 6337 Bänden
Hessen-Nassau	201 „ 5107 „
Sachsen	115 „ 4623 „
Sachsen	148 „ 4430 „
Provinz Sachsen	137 „ 4240 „
Bayern	111 „ 3247 „
Pommern	124 „ 3206 „
Württemberg	88 „ 2845 „
Westfalen	88 „ 2829 „
Schleswig-Holstein	98 „ 2700 „
Hannover	96 „ 2671 „
Rheinprovinz	80 „ 2337 „
Polen	69 „ 2118 „
Großherzogtum Hessen	61 „ 1909 „
Thüringische Staaten	72 „ 1714 „
Schwarzburg-Rudolstadt	30 „ 1301 „

Von den übrigen Staaten erhielt u. a. Waldeck für 34 Bibliotheken 1283 Bände.

Besonders erfreulich entwickeln sich die von der Gesellschaft ins Leben gerufenen Wanderbibliotheken. Im Jahre 1903 sind 383 Wanderbibliotheken mit 18888 Bänden begründet und unterstügt worden. Die Gesellschaft hat jetzt 785 Wanderbibliotheken mit 36394 Bänden, die alljährlich gewechselt werden können.

Von Sr. Majestät dem Kaiser erhielt die Gesellschaft eine erhebliche Zuwendung. Der Vorstand beabsichtigt, im laufenden Jahre die Gründung von Volksbibliotheken in verstärktem Maße fortzusetzen. Anträge sind an das Bureau der Gesellschaft, Berlin NW., Lärkerstraße 6, zu richten.

Aus dem deutschen Lehrerverein. An die Vorsitzenden der Militärkommissionen im Deutschen Lehrerverein. Gelegentlich der Deutschen Lehrerversammlung in Königsberg i. Pr. soll eine Sitzung der Militärkommissionen im Deutschen Lehrerverein stattfinden. Näheres über Ort und Zeit dieser Versammlung wird rechtzeitig bekannt gegeben werden. Wünsche bezüglich der Tagesordnung wollen die Herren Vorsitzenden an unser Mitglied, Herrn Lehrer H. Reishauer in Leipzig, Eberhardstr. 1, III, bis spätestens zum 1. März d. J. gelangen lassen. Die Zentral-Militärkommission des Deutschen Lehrervereins. Vorsitzender: R. Otto, Charlottenburg, Wallstr. 38, I.

**Attentat auf den Lehrer.** Ein Fall, wie er in der Geschichte der Kriminalistik nicht oft zu verzeichnen gewesen sein dürfte, hat sich unlängst ereignet. Ein elfjähriger Knabe, Paul Hübner, der Sohn einer Kriminalwachmeisterwitwe, Schüler der 186. Gemeindevolksschule in der Pflugschraube in Berlin, hat auf seinen Lehrer ein Messerattentat verübt.

Hübner war bis vor kurzem der Erste in seiner Klasse und galt als ein besonders befähigter Schüler. Er galt auch als sehr ehrgeizig. In der letzten Zeit machte sich an dem Knaben eine auffällige Nervosität bemerkbar, die sich auch darin äußerte, daß er den Unterricht zeitweise durch überlauten Zwischenrufe störte. Das war auch gestern der Fall, und Lehrer Zeißiger bestrafte den Knaben damit, daß er ihn auf die erste Bank setzte, wo die schwächsten und erfolglossten Schüler sitzen.

Diese Maßregelung brachte den Knaben in eine furchtbare Erregung. Während des in der letzten Stunde vorgenommenen Zeichenunterrichts ließ sich Hübner von einem Mitschüler ein Taschenmesser, angeblich, um seinen Bleistift zu spizen. Nach Schluß des Unterrichts zog Lehrer Zeißiger seinen Überrock an und wendete sich gegen die Tür. Im selben Moment stürzte Hübner, das Messer in der Rechten, blitzschnell hervor, fiel dem Lehrer in den Rücken und stach darauf los. Erst als der Lehrer aufschrie und Blutstropfen auf den Boden fielen,

nahmen die Schüler mit Entsetzen wahr, was da geschah. Sie warfen sich auf Hübner, dem Schaum vor dem Munde stand und der freischwebend, unartikuliert laute von sich gab, und entwand ihm das Messer.

Als der Rektor herbeigeeilt kam und ins Klassenzimmer trat, schien der Knabe wieder die Herrschaft über sich selbst gewonnen zu haben, er blickte eine Weile starr nach dem seiner Oberkleider entledigten und aus drei Wunden im Rücken blutenden Lehrer hin, dann brach er unter tonvulsivischem Schluchzen zusammen.

Der Bericht über diese Bluttat im Schulzimmer wurde der Schuldeputation mit dem Antrage vorgelegt, die Ausschreibung Paul Hübners aus der Gemeindeschule auszusprechen. Paul Hübner gehört einer angesehenen Familie an. Einer seiner Brüder ist Bankbeamter, ein anderer bereitet sich in einem Seminar für den Lehrerberuf vor. Eine Schwester Hübners ist an einen Lehrer verheiratet, und auch der kleine Hübner war für die Lehrerausbildung bestimmt.

Herrn Zeißigers Verletzungen sind nicht schwer, er kann seine Lehrtätigkeit fortsetzen.

Bei dem Elfjährigen hat der Strafrichter nichts zu tun. Auch die Disziplinarmittel der Schule anzuwenden, scheint der Fall nicht geeignet. Hier wird der Arzt, und zwar der Psychiater, eingreifen müssen.

Die Fürsorge für Volkserziehung wird auf der diesjährigen Generalversammlung der Comeniusgesellschaft, die bei Gelegenheit des Jenaer Ferienkurses im August in Jena stattfinden soll, Gegenstand vielfeitiger Behandlung werden. Oberstudiendirektor Ziehen in Berlin wird über die staatliche Fürsorge der Volkserziehung, der Schriftsteller Damasko in Jena über die kommunale und Professor Zimmer in Berlin-Zehlendorf über die genossenschaftliche Fürsorge der Volkserziehung sprechen.

### Badischer Lehrerverein.

Die Deutsche Lehrerversammlung in Königsberg betr.

Am 24., 25. und 26. Mai d. J. findet die Deutsche Lehrerversammlung in Königsberg i. Pr. statt.

Zu der am 26. Mai tagenden Vertreterversammlung hat der Bad. Lehrerverein das Recht.

#### 13 Vertreter

zu entsenden. Bei der Wahl derselben sind nach § 6 d. St. d. D. Lv. in erster Linie die Mitglieder des Gesamtvorstandes zu berücksichtigen.

Dieselben erhalten von der Hauptkasse die Fabrkosten 3. Klasse für die kürzeste Route Anstellungsort-Königsberg vergütet.

Wir ersuchen demgemäß die Mitglieder des Gesamtvorstandes unseres Vereines, uns spätestens bis 19. März mitteilen zu wollen, wer von ihnen sich an der genannten Versammlung beteiligen will.

Spätere Mitteilungen können nicht mehr auf Berücksichtigung rechnen.

Achern, den 3. März 1904.

Aug. Grimm. J. Eiermann.

### Konferenz Triberg.

Die Neubearbeitung des „Amtsbezirks“ betr.

Damit die Neuauflage des Büchleins vom Amtsbezirk Triberg bewerkstelligt werden kann, werden die Herren Kollegen des Bezirks ersucht, die wissenswertesten Angaben über ihren Anstellungsort, Sagen u. s. w. bis längstens 12 d. Mts. direkt an Herrn Schöffner in Triberg einzusenden. Sollte bis zu genannter Frist nichts eingegangen sein, so werden die Angaben des alten Büchleins verwendet.

A. Behringer.

### Personalnachrichten.

Versetzungen.

Graf, Konrad, Schulkd., als Hilfsl. nach Petersthal, Ats. Heidelberg. Ochsle, Karl, Unterl. in Bermatingen, als Hilfsl. nach Überlingen a. S. Riemer, Else, Schulkand., als Unterl. nach Hagsfeld, Ats. Karlsruhe. Rumez, Alban, Hilfsl., von Reichenthal nach Oberachern, Ats. Achern.

### Briefkasten.

1. An mehrere. In nächster Nummer; heute war der Raum für die Frage der Lehrerbildung nötig.
2. G. in R. Es ist m. E. unstatthaft, dass Bürgermeister die Bewerberliste an „Neugierige“ versenden.
3. F. in N. Brieflich.

Wolfach, 24. Februar. In heutiger Tagung wurde beschlossen: Die Konferenz Wolfach schliesst sich der Mannheimer Resolution voll und ganz an.

Der Vorsitzende.

**Konferenz Boxberg.** Die Konferenz schliesst sich in ihrer heute abgehaltenen Versammlung der Resolution der Konferenz Mannheim, betr. Lehrerbildung, einstimmig an.

Eppingen, 29. Febr. 1904.

Der Vors.: A. Lenz.

**Die Konferenz Neckargemünd** beschäftigte sich am 20. Febr. mit der Resolution der Mannheimer Konferenz, betr. die Lehrerbildungsfrage. Die Mannheimer Resolution fand einstimmige Annahme.

Der Vors.: Ganzhorn.

**Konferenz Mosbach.** Die Konferenz schloss sich der Resolution der Konferenz Mannheim, die Lehrerbildung betr., einstimmig an.

Kühn.

**Villingen.** Die von 40 Kollegen besuchte Konferenz, die am 27. Februar in Villingen abgehalten wurde, befasste sich u. a. auch mit der Frage der Lehrerbildung und schloss sich einstimmig der auf dem Boden der Petition stehenden Resolution der Konferenz Mannheim an. Hoffen wir, dass Regierung und Volksvertretung unserer Bitte Gehör schenken!

**Stockach.** Die Konferenz Stockach stellt sich in der Lehrerbildungsfrage einmütig auf den Standpunkt der Petition des Vorstandes. Sie erblickt in dem nationalliberalen Antrag keinen Fortschritt sondern eher einen Rückschritt, weil dieser Antrag an die Stelle der fünfjährigen Abgeschlossenheit des Seminaristen sogar eine sechsjährige setzen will.

Fuchs.

**Freie Konferenz Zell i. W.** Unsere Konferenz schliesst sich der von der Mannheimer Konferenz gefassten Resolution einmütig an.

Der Vorsitzende: Heiler.

Die Konferenz Überlingen stimmt der Mannheimer Resolution zu.

Ferner nahmen folgende Konferenzen die Mannheimer Resolution einstimmig an: Schwetzingen und Neckarbischofsheim.

**Freie Konferenz Rastatt.** Die freie Konferenz Rastatt beschloss einstimmig, dass sie nur in der Regelung unserer Vorbildungsfrage im Sinne der Petition des Vorstandes des Bad. Lehrervereines die endgültige und zeitgemässe Lösung erblicken könnte, nicht im sechsklassigen Seminar.

**Freie Konferenz Messkirch II.** Bei unserer am 3. Febr. in Stetten abgehaltenen Konferenz wurde die Frage unserer Vorbildung auch in Erwägung gezogen. Alle Kollegen waren entschieden gegen eine sechsklassige Seminarzeit. Alle anwesenden Kollegen waren darin einig, eine im Sinne der Petition errichtete Vorbildung zu erstreben: erfolgreicher Besuch von sechs Klassen einer Mittelschule und dann drei Jahr Seminarzeit.

Im Auftrag der Konferenz: Julius Bader.

Die freie Konferenz Haslach hat der Mannheimer Resolution einstimmig beigepflichtet. Wir Lehrer beharren auf unserem wohlwogeneren Standpunkt trotz nat.-lib. Antrag und einstimmigem (!) Beschluss der Kommission der 2. Kammer.

### Vereinstage.

Bonndorf, Donnerstag, 10. d. M., nachm. 1/23 Uhr, wird in der Sonne Konferenz abgehalten. T.-O.: 1. Wichtige Standesangelegenheit 2. Verein unstr. Lehrer. 3. Verschiedenes. Der Wichtigkeit der T.-O. entsprechend erwartet vollzähligen Besuch.

Pfeffer.

Bretten. Die Tagesordnung für die auf Samstag, 5. März, anberaumte Konferenz wird insofern eine Erweiterung erfahren, als Herr Martens, Lehrer a. D., über seine Erlebnisse als Lehrer in Rumänien einen Vortrag halten wird. Aus diesem Grunde sind auch die Angehörigen der Konferenzmitglieder freundlichst eingeladen.

J. Edel.

Eppingen. Samstag, 12. März, nachm. 3 Uhr, ist freie Konferenz im Engel zu Eppingen. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Schulz von Adelshofen: Lübens Leben und Wirken. 2. Die Resolution der freien Konferenz Mannheim. 3. Einzug der Umlage für den unständigen Lehrerverein. Krankenfürsorge. 4. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

Dressler.

Ettlingen Mittwoch, 9. März, nachm. 3 Uhr, freie Konferenz im „Ritter“ hier. T.-O.: 1. „Die Lehrerbildungsfrage“, Referent: Herr Hauptlehrer Rödel in Mannheim. 2. Beiträge a. für Konferenz, b. für Hug's und Ischler's Ehrung. 3. Verschiedenes und Musikalisches. NB. Vollzähliges Erscheinen Ehrensache. Kollegen aus Nachbarbezirken willkommen.

Beck.

Freiburg. Samstag, 12. März, nachm. 2 1/2 Uhr freie Konferenz in der Aula der Höheren Mädchenschule. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Zeichenlehrer Greiner über „das Zeichnen im Dienst des Unterrichts.“ 2. Standesangelegenheiten. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.

L. Müller.

Gengenbach. Samstag, 12. März, nachm. 3 Uhr freie Konferenz in der Brauerei Sobler hier. T.-O.: 1. Vortrag: „Jena oder Sedan.“ 2. Einzug für Krankenkasse unständ. Lehrer, für

Krankenfürsorge und Konferenzkasse. 3. Lehrervorbildung (Resolution Mannheim). 4. Bibliothek (Sitzung des Aufsichtsrates). 5. Standesangelegenheiten. Um zahlr. Erscheinen bittet. Zählle.

Karlsruhe. Montag, 7. März, abends 8 Uhr, freie Konferenz im „Palmengarten“. T.-O.: 1. Die Lehrerbildungsfrage, einleitender Vortrag vom Vorsitzenden. 2. Wahl der Konferenzbeamten. 3. Das Denkmal für Hug und Ischler. 4. Verschiedenes. Thum.

Karlsruhe-Land. Samstag, 12. März, 1/3 Uhr nachm., Konferenz im Palmengarten. T.-O.: 1. Vortrag über Vorbereitung der Lehrer. 2. Wahl der Bücherkommissionsmitglieder. 3. Verschiedenes. Zahlreichem Besuche sieht entgegen. Malsch.

Lörrach. Samstag, 12. März, nachm. 1/3 Uhr freie Konferenz im bekannten Lokale. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Haberer in Lörrach über „Flattich“. 2. Stellungnahme zu einer von der Mannheimer Lehrerkonferenz gefassten Resolution. 3. Entgegennahme von Bestellungen auf die Schulstatistik. Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen. Horn.

Mosbach. Samstag, 12. März, nachm. 1/3 Uhr freie Konferenz im bekannten Lokale. T.-O.: 1. Von Herrn Kreisschulrat Dr. Engel eine Lehrprobe über: „Die Religion der alten Germanen.“ 2. Einige Mitteilungen. Um vollzähliges Erscheinen bittet. Der Vors.

Radolfzell. Mittwoch, 9. März, nachm. 3/4 Uhr freie Konferenz im Gasthaus zum Adler in Singen. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Reallehrers Balles über „Verschlafene Sorgen im Tierleben“. 2. Wahl eines Vertreters für den Verein unst. Lehrer und Einzug der Jahresumlage. 3. Besprechung über die amtl. Konferenz. 4. Standesangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet. Rub.

Säckingen-Tal. Samstag, 12. März, nachm. 1/3 Uhr freie Konferenz im Schwarzwaldsaale in Säckingen. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Hehn-Obersäckingen. 2. Standesangelegenheiten. 3. Einzug der Umlage des Vereins der Unständigen. 4. Büchersturz; deshalb ist es nötig, dass alle Bücher an den Bibliothekar abgeliefert werden. Wegen Punkt 2 ist möglichst vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. Trimpin.

Säckingen-Wald. Samstag, 12. März, nachm. 3 Uhr freie Konferenz im „Schlag“. T.-O.: 1. Vortrag des Kollegen Ober in Herrschried (Thema bekannt). 2. Standesangelegenheiten. 3. Gesang, alte S.-R. — Auch die Nachbarskollegen sind freudl. eingeladen. Der Vorsitzende.

Salem. Samstag, 12. März, nachm. 1/3 Uhr, Konferenz in der „Brauerei Spohrer“ in Weildorf. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Strack in Beuren: „Die soziale Lebensstellung des Lehrers.“ 2. Wahl eines Bezirkserhebers für den Verein unständiger Lehrer. (Einzug der Beiträge für diesen Verein.) 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch erwünscht. Blattner.

St. Blasien. Mittwoch, 9. ds. Mts., nachm. 3 Uhr freie Konferenz im „Ochsen“. T.O bekannt. Da die beiden letzten Konferenzen der schlechten Witterung wegen nur ganz schwach besucht waren, wird dringend um vollzähliges Erscheinen gebeten. Baier.

Tiefenbronn. Mittwoch, 9. März, nachm. 1/3 Uhr Konferenz in Tiefenbronn. T.-O.: 1. Fortsetzung des Vortrags des Kollegen Lechner über die Humanisten. 2. Verschiedenes. J. Engel.

Weinheim. Samstag, 12. März, nachm. 3 Uhr freie Konferenz im bekannten Lokale. T.-O. durch Zirkular. Um vollzähliges Erscheinen bittet. Der Vorsitzende.

Waldshut. Samstag, 12. März, nachm. 1 1/2 Uhr Konferenz im „Schwanen“ in Waldshut. T.-O.: 1. Vortrag des Kollegen Blum in Waldshut über „Sauerstoff“. 2. Einzug des Beitrages für den Verein unständ. Lehrer (5 50 M) und des Beitrages zur Krankenfürsorge. 3. Standesangelegenheiten und Verschiedenes. Zu zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein. Egesser.

Wertheim. Mittwoch, 9. März, nachm. 1/3 Uhr freie Konferenz im Mädchenschulhaus. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Hofstädter über das Thema: „Mehr Volkspoese.“ 2. Verschiedenes. 3. Wahl der Konferenzbeamten. Um zahlreiches Erscheinen bittet. Zimmermann.

„Henneberg-Seide“

— für alle Toiletten-Zwecke! — zollfrei!

Muster an Jedermann!

Nur direkt v. Seidenfabrkt. Henneberg, Zürich.

Der heutigen Nummer liegt über Pianos und Harmoniums der rühmlichst bekannten Firma Wih. Rudolph in Gießen ein Prospekt bei, auf welchen wir ganz besonders aufmerksam machen möchten. Der darin erwähnte Patent-Piano-Eisenpanzerrahmen, welcher den Pianinos eine bis jetzt unerreichte gute Stimmhaltung verleiht, hat sich vorzüglich bewährt und es liegt deshalb wohl im Interesse jedes Klavierläufers, von der vorliegenden außerordentlich günstigen Offerte, ein solches Patent-Pianino zu erwerben. Gebrauch zu machen.

**Karlsruher Lebensversicherung**  
auf Gegenseitigkeit  
vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.  
Versicherte Summe: 505 Millionen Mark.  
Gesamtvermögen: 170 Millionen Mark.  
Vertrag mit dem Badischen Lehrer-Verein.  
Dem Lehrer-Witwen und Waisenstift wurden bisher 41 500 Mk. überwiesen.

In unserem Kommissionsverlage sind erschienen:  
**Neue Trauergesänge**  
für gemischten Chor  
leicht ausführbar.  
I. Passions-Hymne: „Es ist vollbracht!“  
II. Begräbnislied: „Daheim!“  
III. Leichengefang: „Bleiche Leiche!“  
Komponiert von  
**friedrich Kries.**  
Partitur I und II vereinigt 80 S., Einzelstimmen à 10 S.  
" III 50 S., " à 10 S.  
**Bühl (Baden).** **Konkordia.**

**Wichtig für Brautleute**  
Preis 40% billiger wie in der Provinz.  
Franko-Lieferung  
Pracht-Katalog mit über 600 Abbildungen gratis u. franko.  
**F.ZECH'S MOBEL-FABRIK BERLIN O.**  
Kleine Andreasstr. 9  
Gegründet 1859. Beamten 6% Rabatt.

**Zeugnishüchlein**  
mit beigedruckter Schulordnung  
Preis 6 S.  
Bühl. **Konkordia.**

\*\*\*\*\*  
**A. Herrmann**  
Steinbach (Kr. Baden)  
empfiehlt hiermit seine bestgepflegten  
**Weiß- und Rotweine**  
in allen Preislagen zum Bezug in Faß und Flaschen.  
Muster gratis.  
Den Herren Lehrern liefere franko und gewähre auf Preisliste Extrarabatt von 50%. Bei Bar weitere 30%.  
Vorstehende Extravergütung gewähre auch zu gunsten des Bestellers bei Aufträgen für Bekannte.  
\*\*\*\*\*

Im Schulverordnungsblatt v. 1. Nov. 1902 empfohlen!  
Bei der Unterzeichneten ist erschienen:  
**Gaeblers Volksschul-Atlas**  
für das  
**Großherzogtum Baden.**  
Mit besonderer Berücksichtigung der Heimats- u. Vaterlandskunde.  
Preis: 40 Pfennig.  
Zu beziehen durch den Verlag, sowie durch alle Buchhandlungen.  
Die Einführung dieses Atlases ist durch zahlreiche Hoh. Ministerialentschließungen, in Baden durch Großh. Ober-schulrat, zur Anschaffung in Schulen genehmigt.  
Behufs Einführung dieses gediegenen Volksschul-Atlas in Schulen stellen wir auf Verlangen den Herren Lehrern gerne 1 Exemplar zur Einsichtnahme zur Verfügung.  
**Bühl. Konkordia.**

## Stottern, Stammeln etc.

Schloß Mayenfels, Pratteln bei Basel (Schweiz)

Ist die einzige Heilanstalt in Europa, wo Sprachgebrechen, wie Stottern, Stammeln etc. gründlich und dauernd geheilt werden. Mit der Anstalt ist ein Institut für fremde Sprachen verbunden, so daß die Zöglinge sich gleichzeitig praktischen Studien hingeben können. Besonders gute Gelegenheit ist geboten, die französische Sprache zu erlernen, da die Anstalt vorwiegend von Franzosen besucht ist. Man hüte sich vor der Teilnahme an sogenannten Wanderkursen, welche öfters in größeren Städten abgehalten werden, denn dieselben können dem Stotterer nie Heilung verschaffen. Wer sich näher für die Heilung des Stotterns interessiert, wende sich an Herrn Dr. Th. Jacobs, welcher jedem seine Broschüre „Einerade Heilung für Stotternde“ gratis zuwendet.

Unterzeichneter empfiehlt die in Künstler- und Lehrerkreisen hoch-angeesehenen

## Pianinos und Flügel

1. Rangs

von Berdug, Feurich, Könisch, Schwichten, Schiedmayer, sowie die solidesten Fabrikate in mittlerer und billiger Preislage von Aldermann & Mäbler, Stuttgart, Rosenkranz, Dresden, Seiler, Diegnitz, Franke und Gebr. Zimmermann, Leipzig.

Denkbar billigste Vorzugpreise, coulanteste Bedingungen für Herren Lehrer beim Selbstkauf sowie Verkauf an Dritte.

H. Maurer, Pianolager, Karlsruhe, Friedrichsplatz 5.



## Kein Staub mehr

in geschlossenen Räumen nach Anwendung des vollständig geruchlosen **Fussbodenöls Dustless.**

Höchste Auszeichnungen. Von vielen Regierungen und dem Großh. bad. Oberlehrer empfohlen. Anstrich pro qm 3-6 S. In tausenden Schulen, Bureau, Läden, Heilstätten etc. seit Jahren in Anwendung.

Nur zu beziehen durch **R. Doench in Bensheim (Hessen).**

(Ohne Preis-aufschlag) **Gegen Monatsraten à 3 Mk.** (Preisliste gr. u. franco.)

**Goldene Brillen und Pincenez, Perspective.**

Barometer — Reisszeuge — Mikroskope — Inductions-Apparate — Elektro-Motore — Erdgloben — Photographische Apparate.

(Beste Qualitäten.) **Uhren, Regulateure, Ketten, Goldwaren,**

Musikwerke — Waffen — Alfenidewaren

Lampen — Bronze — Kunstguss — Globen — Näh- u. Wring- und Brotschneidemaschinen — Kunstlichtdrucke

Petroleumöfen. Werkzeugschränke, Brenn- u. Kerbschnittapparate. Neuer erweiterter Katalog erschienen.

**Versandhaus F. W. Thiele, jetzt Berlin S. W.**

Hornstr. 17/6.

## Rupert Bauer, Freiburg i. Brsg.

Friedrichstraße 19. Telephon Nr. 956.

Anfertigung

seiner extra Uniformen aller Regimenter unter Garantie tadelloser Sitzes und vorschriftsmäßiger Ausführung.

Den Herren Lehrern gewähre auf meine Preisliste einen Extra-Rabatt und günstige Zahlungsbedingungen.

Referenzen aus Lehrerkreisen stehen zu Diensten.

Kein Herr der als Einz.-Freiw. dienen will versäume meine Preisliste zu verlangen.

## PIANOS HARMONIUMS

Höchster Rabatt Kleinste Raten 20-jähr. Garantie. Pianos u. Harmoniums zu vermieten; bei Kauf Abzug der Miete. — Illustr. Kataloge gratis-frei.

Spec.: **PIANOS** mit bis jetzt unerreicht guter Stimmhaltung! (Pat. Rnd.)

**Wilh. Rudolph, Giessen** gegr. 1851.

Zur ersten hl. Kinderkommunion empfehlen wir:

## Kommunionlied

für gemischten Chor, komponiert von H. Sidinger.

Preis: Partitur à 40 S., Einzelstimmen à 10 S.

**Bühl (Baden.)** Aktiengesellschaft **Konfordia.**

Druck der Aktiengesellschaft Konfordia in Bühl. Für den Inseratenteil verantwortlich: Direktor G. Dübmig.

Im Selbstverlag des Komponisten (Sasbach, Achern) erschienen: **L. Haupt. Missa i. h. S. Franc.**

**Xaverii.** Leichte 4stimmige Messe für gemischten Chor. Partitur 1.20 M., 4 Stimmen 1 M.

## Fahnenchwur.

Männerchor. Für jede Fahnenweihe geeignet. Partitur 80 S., 4 Stimmen 60 S.

## Musikinstrumente aller Art,

sowie Saiten, Bestandteile etc. liefert billigst unter Garantie die Fabrik **Gläsel & Möhner, Markneukirchen**

i. S. **Complete Violinen** m. Pögen, Holzzeit u. lautem Reschör für Schul- u. Orchestergebrauch v. 10-150 M. aufwärts. **Umtausch** gern gestattet. Ausführliche Kataloge frei

## Möbel-Fabrik

H. F. Rothweiler, Karlsruhe,

37 Amalienstraße 37

empfiehlt sich bei Bedarf von Möbeln im einfachen und modernen Stil, sowie ganz Ausstatten zu sehr mäßigen Preisen, prompte Bedienung, günstige Zahlungsbedingungen, Ratenszahlungen nach Vereinbarung. Kostenübersicht ohne Verbindlichkeit

## Uhren, Goldwaren,

Alfenide, Musikinstrumente,

Photogr. Apparate.

Günstigste Bezugsquelle für S. S. Lehrer.

Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung ohne Preis-aufschlag.

Illustrierte Kataloge gratis und frei

**L. Römer, Altona (Elbe)**

Matthildenstr. 11 B.

(Vertragsfirma versch. Beamtenverbände.)

## Violinen

sowie alle anderen Musikinstrumente, deren Bestandteile und Saiten kaufen die Herren Lehrer am vorteilhaftesten v. der

Vorzüglichsten Musikinstrumentenfabrik

**Herm. Dölling jr.**

Markneukirchen i. S. No. 548

Spezialität: Beste Schul- u. komplette

Schülerviolinen, eigenes Fabrikat. Reparaturen vorzüglichst

und billigst. Kataloge gratis und franko

Ansichtsendungen u. Tollzahlungen bereitwilligst.

**Schüler-Trommeln und Pfeifen**

zu Vorzugspreisen

## Deutsche Nähmaschinen

den amerikanischen überlegen à 20.- bis 30.- billiger kaufen Sie am besten von

**Aug. Mappes, Heidelb.**

Verlg. S. Preisl. von Näh-, Strick-, Wasch-, Wring- u. Mangel-Maschinen.

## „Zausche“

Familienverhältnissen wegen meine Hauptlehrerstelle in romantisch gelegenen Orte an der bis Spätzjahr zu erstellenden Talbahn Biberach-Oberarmersbach gegen eine entsprechende Hauptlehrerstelle (womöglich mit Organistendienst) in einem in Mittel-Baden gelegenen Orte. Ernstgemeinte Offerten sind zu richten, unter **T. Nr. 5766**, postlagernd Zell a. S.

## Zeichenunterricht!

Praktische

**Neuerscheinung.**

Dritte Auflage

**D. Reising, Mainz.** Selbstverlag.

Prospekt mit Verfeinerungen gratis.

## Gut erhaltene Lehrmittel,

als Landkarten, Engleder'sche Anschauungsbilder, Karlsruher Singtafeln, Gyth'sche Zeichenvorlagen u. s. w.; ferner ein Karten-gestell, Tafeln und Tafelgestelle, so leicht preiswert abzugeben. Briefe befördert die Expedition dief. Blatt. in Bühl unt. Nr. 689.

Streng reelle und billige Bezugs-quelle! In mehr als 150,000 Familien im Gebrauche!

## Gänsefedern,

Gänsefedern und alle anderen Sorten Bettfedern. Reubert u. beste Reinigung garantiert! Preiswerte Bettfedern per Pfd. für 0.80; 1 Mark; 1.40. Prima Halbdaunen 1.60; 1.80. Polarfedern: halbweiß 2, weiß 2.50. Silberweiße Bettfedern 3; 3.50; 4; 5. Echtkönigsche Ganzdaunen 2.50. Polar-daunen 3; 4; 5 Mark. Jede beliebige Bündelzahl jährl. gegen Nachnahme! Zurück-nahme auf unsere Kosten!

in Herford W

**Pecher & Co.** No. 2146.

in Bielefeld. Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislagen für Federnproben erwünscht!

## Hof-Instrumentenmacher

**Heinrich Kessler,**

Spezialität im Geigenbau

**Mannheim**

P. 6. 2. P. 6. 2.

Gute Violinen mit Kästen

und Bogen zu 12-15 M.

bessere Qual. 20-25 M.

Größte Auswahl sämtlicher

Musik-Instrumente, und deren Bestandteile.

Reparaturen billigst und gut.

Litra P. 6. 2. bitte zu beachten.

**Schutzdecken für Schreibstifte**

per Stück 1 S., empfiehlt

**Bühl.** Konfordia.

Dieser Nummer liegt bei:

1. Ein Prospekt von Max Alberti's

Verlag, Hanau a. M.

2. Ein Prospekt der Firma R. Doench,

Bensheim (Hessen).